

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

99 (29.4.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Preis: halbjährlich 1.— M. mit 90 J. ohne Zustellung. Einzelhefte 10 J., Samstag 15 J. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 J., zweipaltige 30 J., dreipaltige 40 J., vierpaltige 50 J., fünfpaltige 60 J., sechspaltige 70 J., siebenpaltige 80 J., achtpaltige 90 J., neunpaltige 100 J., zehnpaltige 110 J., elfpaltige 120 J., zwölfpaltige 130 J., dreizehnpaltige 140 J., vierzehnpaltige 150 J., fünfzehnpaltige 160 J., sechzehnpaltige 170 J., siebenzehnpaltige 180 J., achtzehnpaltige 190 J., neunzehnpaltige 200 J., zwanzigpaltige 210 J., einundzwanzigpaltige 220 J., zweiundzwanzigpaltige 230 J., dreiundzwanzigpaltige 240 J., vierundzwanzigpaltige 250 J., fünfundzwanzigpaltige 260 J., sechfundzwanzigpaltige 270 J., siebenfundzwanzigpaltige 280 J., achtfundzwanzigpaltige 290 J., neunfundzwanzigpaltige 300 J., zehnfundzwanzigpaltige 310 J., einunddreißigpaltige 320 J., zweiunddreißigpaltige 330 J., dreiunddreißigpaltige 340 J., vierunddreißigpaltige 350 J., fünfunddreißigpaltige 360 J., sechsfunddreißigpaltige 370 J., siebenfunddreißigpaltige 380 J., achtfunddreißigpaltige 390 J., neunfunddreißigpaltige 400 J., zehnfunddreißigpaltige 410 J., einundvierzigpaltige 420 J., zweiundvierzigpaltige 430 J., dreiundvierzigpaltige 440 J., vierundvierzigpaltige 450 J., fünfundvierzigpaltige 460 J., sechsfundvierzigpaltige 470 J., siebenfundvierzigpaltige 480 J., achtfundvierzigpaltige 490 J., neunfundvierzigpaltige 500 J., zehnfundvierzigpaltige 510 J., einundfünfzigpaltige 520 J., zweiundfünfzigpaltige 530 J., dreiundfünfzigpaltige 540 J., vierundfünfzigpaltige 550 J., fünfundfünfzigpaltige 560 J., sechsfundfünfzigpaltige 570 J., siebenfundfünfzigpaltige 580 J., achtfundfünfzigpaltige 590 J., neunfundfünfzigpaltige 600 J., zehnfundfünfzigpaltige 610 J., einundsechzigpaltige 620 J., zweiundsechzigpaltige 630 J., dreiundsechzigpaltige 640 J., vierundsechzigpaltige 650 J., fünfundsechzigpaltige 660 J., sechsfundsechzigpaltige 670 J., siebenfundsechzigpaltige 680 J., achtfundsechzigpaltige 690 J., neunfundsechzigpaltige 700 J., zehnfundsechzigpaltige 710 J., einundsiebzigpaltige 720 J., zweiundsiebzigpaltige 730 J., dreiundsiebzigpaltige 740 J., vierundsiebzigpaltige 750 J., fünfundsiebzigpaltige 760 J., sechsfundsiebzigpaltige 770 J., siebenundsiebzigpaltige 780 J., achtundsiebzigpaltige 790 J., neunundsiebzigpaltige 800 J., zehnfundsiebzigpaltige 810 J., einundachtzigpaltige 820 J., zweiundachtzigpaltige 830 J., dreiundachtzigpaltige 840 J., vierundachtzigpaltige 850 J., fünfundachtzigpaltige 860 J., sechsfundachtzigpaltige 870 J., siebenfundachtzigpaltige 880 J., achtfundachtzigpaltige 890 J., neunfundachtzigpaltige 900 J., zehnfundachtzigpaltige 910 J., einundneunzigpaltige 920 J., zweiundneunzigpaltige 930 J., dreiundneunzigpaltige 940 J., vierundneunzigpaltige 950 J., fünfundneunzigpaltige 960 J., sechsfundneunzigpaltige 970 J., siebenfundneunzigpaltige 980 J., achtfundneunzigpaltige 990 J., neunfundneunzigpaltige 1000 J.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Gek & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Parteienoffenen, Parteienoffenen!

Am 26. April 1925 wurde der monarchistische General von Hindenburg zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt. Hindenburg war der Kandidat aller schwarz-weiß-roten Reaktionskräfte, die aus dem furchtbaren Zusammenbruch des kaiserlichen Systems nichts gelernt haben. Die Welt wird in dieser Nacht das Wiedererwachen des militaristischen Geistes in Deutschland sehen. Ungünstige Folgen, die daraus entstehen können, wird das deutsche Volk wieder in seiner Gesamtheit zu tragen haben. Wir aber sagen Euch heute schon, daß wir zum Schutze der Deutschen Republik auf der Wacht sein werden. Wir werden alle Versuche der Vorbereitung einer monarchistischen Reaktion ebenso offen und eindringlich bekämpfen, wie wir die Pläne jeder sich etwa aus der junkerlichen und monarchistischen Umgebung Hindenburgs bildenden Nebenregierung durchkreuzen werden. Unser deutsches Vaterland kann nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im Rahmen der europäischen Völkerverständigung nur als Republik leben. Parteienoffenen und Genossen! Die monarchistischen Junker und Bourgeois hätten ihren Hindenburg aber am 26. April 1925 nicht durchbringen können. Ihr Kandidat hat nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wenn Hindenburg gewählt wurde, so ist daran allein die kommunistische Partei Deutschlands schuld, die auch in diesem Falle der Reaktion zu einem Erfolge verholfen hat. Hindenburg ist der Präsident von Gnaden Restaus. Hierüber muß in Deutschland die größte Aufklärung verbreitet werden. Als Gessler Hindenburgs muß die kommunistische Partei allerorts vor den arbeitenden Massen Deutschlands gehungelt werden. Dieser neue Berrat der Lebensinteressen der Arbeiterklasse muß zu Berlin, den 27. April 1925.

einer gründlichen Abrechnung mit den Kommunisten führen. Alle Klassenbewußten Arbeiter müssen unter den sozialdemokratischen Fahnen die Reihen schließen. Parteienoffenen und Genossen! Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Seiten entgegen. Ihr droht: das neue Hindenburg-Programm: Erhöhung der indirekten Steuern bei Erhaltung der sozialen Gestaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten so schwer drückenden Lohnsteuer, Wiedereinführung der den Haushalt des einfachen Mannes schwer belastenden Brotgetreidezölle zugunsten der Agrarier, Verweigerung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages. Daneben werden die enteigneten Sparer und Rentner im Interesse des Kapitalismus und der Groß-Landwirtschaft durch Verhinderung einer sozialen Lösung der Aufwertungsfrage um ihre Ansprüche betrogen werden. Diese Zeit, in der so schwere neue Lasten drohen und in welcher der soziale Gedanke in Gesehgebung und Verwaltung immer mehr verloren geht, ist für die werdenden Gedanken des Sozialismus außerordentlich günstig. Es gilt diese Zeit zu nutzen. In unseren Reihen müssen die Millionen Anführer finden, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören. Dabei ist den Schichten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die durch den Krieg und die Kriegesfolgen proletarisiert wurden. Je stärker wir werden, desto mehr wird es uns gelingen, der demokratischen Republik einen sozialen Inhalt zu geben. In diesem Sinne Parteienoffenen und Genossen, an die Arbeit für unsere großen Ziele.

Es lebe der Sozialismus, es lebe die Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zusammentritt des Reichskabinetts

Berlin, 28. April. Das Reichskabinetts trat heute abend zusammen, um die politische Lage zu erörtern. An der Sitzung nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister bis auf Stresemann teil, der durch Krankheit verhindert war, dem Reichskabinetts jedoch nachträglich beitrug. Es wurde die Untereinstimmung festgesetzt, daß das Kabinetts anläßlich der Wahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten werde, ein verfassungsmäßiger Grund hierfür nicht vorliegt. Der Reichskanzler erläuterte über die heute vormittag stattgehabte Unterredung mit dem zukünftigen Reichspräsidenten dem Reichskabinetts Bericht.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai

Entgegen der Meldung einer Korrespondenz, wonach die Arbeitsruhe herrschen wird, verweist ein „Vorwärts“-Korrespondent auf den Aktionsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf seinen Aufruf vom 12. April, in dem es heißt: Die würdige Form der Arbeitsruhe ist die Arbeitsruhe. Wir rufen deshalb die Berliner Arbeiterbewegung auf, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Konrad Haenisch †

Wiesbaden, 28. April. Kultusminister a. D. Konrad Haenisch, seit 1923 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Wiesbaden, ist heute morgen an den Folgen einer Herzerkrankung gestorben.

Konrad Haenisch, den wir zum letzten Mal sehen bei der Bestattung Friedrich Eberts am 5. Februar ds. Jz. in Heidelberg, ist nicht einmal 60 Jahre alt geworden. Er war 1876 in Grieswald geboren, besuchte das dortige Gymnasium und hörte später an der Universität Leipzig Nationalökonomie und Geschichte. Kam dann zur Sozialdemokratie und war an einer Reihe von sozialistischen Zeitungen, darunter auch der „Leipziger Volkszeitung“ als Redakteur tätig. 1911 wurde er Leiter unserer Propaganda- und Jugend-Zentrale in Berlin. Als es unserer Partei gelang, in das Junger-Kabinetts des Reichspräsidenten erstmals eine breitere Vertretung zu schlagen, kam Haenisch in den Preussischen Landtag. Während des Krieges fand er, obwohl früher ein radikaler Sozialist, abnehmend auf der Seite der Kreditbewilliger. Nach zwei Jahren Frontdienst lehrte er krankheitshalber zur Parteiarbeit in die Heimat zurück und wurde nach der Revolution in Preußen Kultusminister. 1922, mit dem Austritt unserer Genossen aus der preussischen Regierung, trat er von diesem Posten zurück und betätigte sich dann u. a. sehr energisch im „Republikanischen Reichsbund“, dessen Vorstand er über Huao Preuß angehörte. Vor circa zwei Jahren schickte die Regierung auf den Posten des Regierungspräsidenten nach Wiesbaden, den er bis zu seinem Tode bekleidete. Die Sozialdemokratie verliert in ihm einen überaus guten Kenner, dessen vielseitige gebiegene Bildung und stark ausgeprägte Persönlichkeit ihr besonders nach der Revolution, als der praktischen Mitarbeit aller ihrer Tüchtigkeit bedurfte, sehr wertvoll kam. Sie hat allen Anlaß, des so früh und so unerwartend Dahingegangenen in Ehren zu gedenken.

Um die Entscheidung in Preußen

Regierungserklärung des Ministeriums Braun Berlin, 28. April. Beim Wiederzusammentritt des Preussischen Landtags gab der preussische Ministerpräsident Braun zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, indem er zunächst das Kabinetts vorstellte, das gleiche wie jenes seines Amtsvorgängers. In der Erklärung wird dann ausgeführt: Es war bis zu Anfang dieses Jahres unser Stoß, daß wir im Gegensatz zum Reich und anderen Ländern Preußen vor öfteren Regierungserklärungen beharrt hätten und wir durch eine zuletzt 3 1/2 Jahre währende konstante Regierung, die von einer festen Mehrheit des Parlaments getragen wurde, zur Konsolidierung unseres staatlichen Lebens und zur Gesundung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich beitragen konnten. Die Neuwahl des Landtags am 7. Dezember v. Jz. gab wahrlich keinen begründeten Anlaß, hierin eine Änderung einzutreten zu lassen, und auch für Preußen eine Periode der Regierungstrüben herauszubekommen. Der Ministerpräsident macht dafür die Haltung der Deutschen Volkspartei verantwortlich und fährt fort: Alle Versuche, ein Kabinetts zu bilden, sind gescheitert an der Sabotage und der Zerstückelung des deutschnational-kommunistischen Blocks. Von der Mehrheit der Oppositionsparteien darf aber wohl annehmen, daß sie bestrebt ist, positive Aufbauarbeit zum Besten unseres Landes zu leisten. Zum Schluß bekannte sich der Ministerpräsident zu dem Programm, wie es Dr. Marx in der Sitzung vom 28. Februar d. J. im Landtag dargelegt hat. Die politischen Richtlinien der großen Koalition würden auch weiterhin für das Kabinetts maßgebend sein. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fast unausgesetzt von lärmenden Kundgebungen der Kommunisten und der Deutschnationalen Volkspartei begleitet. Die Kommunisten empfingen den Redner mit stürmischen „Amnestie“-Rufen. Die Rechte demonstrierte mit Lärm und Gelächter, als der Redner seinem Amtsvorgänger den Dank aussprach, als er erklärte, ihn leite lediglich Pflichtbewußtheit, wenn er sein Amt übernommen habe, erwiderte der Zuzuf „Leidensrede“. Hierauf verlagte sich das Haus unter großer Unruhe den Vorschlägen des Veltsterrates entsprechend auf Mittwoch, 12 Uhr. Besprechung der Regierungserklärung.

Der Veltsterrat beschloß nach Entgegennahme der Regierungserklärung, die Sitzung zu verlassen. Am Mittwoch und Donnerstag soll die Besprechung der Regierungserklärung stattfinden. Hierauf wird eine Pause bis einschließlich Dienstag eintreten. Am Mittwoch soll die Abstimmung über die Regierungserklärung bezw. die dazu vorliegenden Anträge vorgenommen werden. Von dem Ausfall dieser Abstimmung wird es abhängen, ob der Landtag aufgelöst wird oder nicht.

Wie die „Postische Zeitung“ meldet, ist der preussische Ministerpräsident Braun entschlossen, zur Landtagsauflösung zu schreiten, falls ihm am Mittwoch nächster Woche das Vertrauen des Landtags nicht ausgesprochen werden sollte. Das Blatt rechnet damit, daß die Neuwahlen am Sonntag, 14. Juni, stattfinden werden.

Hindenburgs Sieg und seine außen- und innenpolitischen Wirkungen

Hindenburgs Sieg bei der Präsidentenwahl war auch der Führerschaft der Rechtsparteien eine Überraschung, einem Teil von ihnen vielleicht nicht einmal eine angenehme.

Seit den sogenannten Kartellwahlen, d. h. seit rund 40 Jahren, war es in Deutschland niemals mehr vorgekommen, daß die Mehrheit der Wähler für die Rechte stimmte. Auch im Reichstag, dessen Züge durch das frühere Wahlsystem stark zugunsten der Rechten verzerrt wurden, hatten Zentrum, Freisinnige (Demokraten) und Sozialdemokraten zu meist die Mehrheit. Nach dem Zusammenbruch, bei den Wahlen zur Nationalversammlung, schienen die Rechtsparteien mit ihren 4,4 Millionen Stimmen gegen die 26 Millionen der Linken beinahe schon im Verlöbten. Später wurden sie durch die Bedrückungspolitik der Entente wieder hochgebracht, blieben aber dennoch stets schwächer als die Weimarer Koalition. Ihre parlamentarische Stöckkraft verdankten sie nicht ihrer eigenen Zahl und Stärke, sondern einzig und allein der Tatsache, daß sie sich bei jeder oppositionellen Handlung der Hilfe der Kommunisten gewiß waren.

Nach im ersten Wahlgang am 29. März blieben die Parteien der Weimarer Koalition zusammen mit ihren 13,2 Millionen Stimmen bedeutend stärker als der Rechtsblock mit seinen 11,7 Millionen. Wenn der Rechtsblock diesmal 14,6 Millionen Stimmen erhalten und damit mit 48,3 Proz. aller abgegebenen Stimmen nahe an die Grenze der absoluten Mehrheit herangekommen ist, so weiß jedermann, sowohl rechts als auch links, daß er diesen überraschenden Erfolg nicht einer veränderten politischen Stellungnahme der Wähler, sondern nur der Zugkraft zu verdanken hat, die ein großmilitärischer Namen auf die Masse der Unpolitischen ausübt.

Wenn aber der Rechtsblock selbst unter so außerordentlich günstigen Bedingungen, selbst nicht mit dem populären Namen Hindenburg als Zugmittel, die absolute Mehrheit zu erreichen vermochte, so ist damit bewiesen, daß er es überhaupt nicht kann.

Es besteht kein Grund anzunehmen, daß die Reichstagswähler, wenn sie jetzt wieder aufgerufen würden, eine andere Entscheidung treffen könnten, als sie sie am 7. Dezember v. J. getroffen haben. Damals aber war, wie der Regel entspricht, die Weimarer Koalition stärker als der Rechtsblock. In Preußen liegen die Dinge ähnlich, nur noch günstiger.

So wird es zunächst von der Stellungnahme des Zentrums im Reich und in Preußen abhängen, was weiter werden soll. Die parlamentarische Macht, die notwendig ist, um ein Abgleiten des politischen Kurzes in das Fahrwasser der Reaktion zu verhindern, ist nach wie vor vorhanden, wenn das Zentrum eine Stellung als Mittelpartei und als republikanische Partei beibehält. Experimente auf dem Gebiete der Verfassung sind schließlich vollkommen ausgeschlossen — wenigstens solange der verfassungsmäßige Weg eingehalten wird, da die Sozialdemokratie schon allein imstande ist, die Bildung einer Zweidrittelmehrheit zu solchen Zwecken zu verhindern.

So hat der Sieg Hindenburgs zunächst nur die eine Folge, daß die Unsicherheit auf außenpolitischem und innenpolitischem Gebiet stark vermehrt wird. Während England und Amerika mit Mißtrauen und Beunruhigung die neuesten Ereignisse in Deutschland beobachten, ist in Frankreich als unmittelbare Gegenwirkung eine neue nationalistische Welle im Anschwellen. Es ist vorauszusehen, daß sich die Regierung Luther-Stresemann, die zunächst am Ruder bleiben dürfte, sich ihr gegenüber rein defensiv verhalten wird. Das heißt, sie wird weiter beteuern, daß sich an der deutschen Außenpolitik nichts geändert habe und sie wird versuchen, die Politik des Dames-Planes und des Garantie-Paktes weiter fortzuführen.

Dabei wird sie aber nicht nur auf ein verstärktes Mißtrauen draußen stoßen, sondern auch auf vermehrte Schwierigkeiten im Innern. Die bisher von der Luther-Regierung betriebene Außenpolitik ist im wesentlichen die Politik Stresemanns und der Volkspartei. Die aber haben durch die Aufstellung der Hindenburg-Kandidatur und erst recht durch ihren Erfolg eine schwere Niederlage innerhalb des Reichstags erlitten. Den extremen Rechten um Lubendorff und Freitag-Portinghoven, für die Stresemann wegen seines Garantiepakts-Angebots einfach ein „Landesverräter“ ist, ist der Kampf mächtig geschwollen. Ob der Rechtsblock angesichts dieser vermehrten inneren Widerstände überhaupt imstande sein wird, eine der Wirtschaftstragfähige Außen- und Handelspolitik zu treiben, steht dahin.

Geringer werden vielleicht die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der inneren Politik sein, in der Fragen der Finanzen und Steuern im Vordergrund stehen. Hier wird man sich, unter Ausschaltung der Sozialdemokratie, auf Lösungen einigen können, die den bestehenden Klassen genehm sind. Dazu hat es aber noch keinen Hindenburg gebraucht, das war leider schon gewöhnlich so.

Kritischer als im Reich steht es mit der Innenpolitik in Preußen. Hier ist ja bisher auch immer noch der starke Hort gegen alle rechtspolitischen Bestrebungen gewesen. Sachlich besteht die Notwendigkeit, ihn zu erhalten und auszubauen, heute mehr denn je, ob die praktische Möglichkeit dazu vorhanden ist, muß sich in den allernächsten Tagen zeigen. Solche rechtspolitischen Bestrebungen, deren Gefahr durch Hindenburgs Präsidentschaft zweifellos gesteigert ist, können zwar viel Unheil und Verwirrung anrichten, doch ist die Zuversicht berechtigt, daß sich der Sinn für Vernunft und Recht, wie bisher so auch künftig, siegreich gegen sie behaupten wird.

Der Kampf gegen reaktionäre arbeitserfeindliche Tendenzen hat der Sozialdemokratie noch immer gut bekommen. So wird es auch diesmal sein. Die kommunistische Partei aber ist am Verenden. Zwar hat sie vom ersten zum zweiten Wahlgang ihre Stimmen sogar noch um eine Kleinigkeit vermehren können, daneben darf aber nicht übersehen werden, daß sie vom 4. Mai v. J. bis zur letzten Entscheidung, also in weniger als Jahresfrist ungefähr die Hälfte ihrer Wähler verloren hat. Sterbend hat sie noch ihren letzten Streich gegen die Republik geführt, indem sie durch Aufrechterhaltung der sinnlosen Thälmann-Kandidatur den Sieg Hindenburgs herbeiführte. Dieser Streich wird ihr sehr übel bekommen.

Die Sozialdemokratie ist nicht geschlagen. Sie ist vielmehr durch das Ereignis des 26. April in eine Periode eingetreten, die unter den allgünstigsten Umständen steht. Große Aufgaben harren ihrer, sie wird mit ihnen wachsen. Als die Partei der arbeitenden Massen ist und bleibt sie zugleich die Staatspartei der Republik, deren Unentbehrlichkeit für das Volksganze heute noch klarer in Erscheinung tritt denn je.

Weitere markante Pressestimmen des Auslandes

England

London, 27. April. (Eig. Bericht.) Die Wahl Hindenburgs trifft die öffentliche Meinung Englands völlig unvorbereitet, da man in allen Kreisen bis in die letzte Stunde mit einem Sieg von Marx gerechnet hatte. Die Londoner Abendpresse kommentiert am Montag in ausführlichen Artikeln die durch Hindenburgs Wahl geschaffene Lage. Der liberale „Star“ weist auf das Bekanntheitsproblem dieser Lage hin, das darin besteht, daß die Wahl Hindenburgs die verheißene Frucht des Nationalismus sei und nach Lage wieder in Nationalismus übergehen werde. Der Ausgang der Wahl werde am ehesten für Deutschland innen- und außenpolitisch katastrophale Folgen haben. Wörtlich schreibt das Blatt: „Seit durch die große Umwälzung des Jahres 1918 die alte Welt zerfallen wurde, sind die Nationen Europas durch die Bande des Selbstinteresses und der Menschlichkeit aneinander gekettet. Wir bedauern, daß die deutschen Wähler ein solches Bild über diese gemeinsamen Interessen gestellt und damit den Frieden und das Wohlergehen für ihr Land verurteilt haben.“

London, 28. April. Von den liberalen Blättern nimmt „Daily News“ zur Wahl Hindenburgs die Stellung, daß die Wirkung dieser Wahl auf die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern sich folgendermaßen ausdrückt: Großbritannien überläßt und bekümmert, Frankreich erregt und misstrauisch, Amerika erstaunt und enttäuscht. — Am Schluß wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das republikanische Deutschland sich vielleicht noch als Retter Deutschlands und Europas erweisen werde.

Frankreich

Paris, 28. April. Zur Wahl des Feldmarschalls v. Hindenburg zum Reichspräsidenten schreibt „Echo de Paris“: Diese Wahl gibt der Auffassung, die sich die Signatäre und Ausführende des Friedensvertrages von Deutschland gemacht haben, das beleidigende Dementi. Werden die Alliierten offen ihren Vorkroft anerkennen?

„Welt Parisien“ erklärt: Es ist tief bedauerlich, zu sehen, daß das Deutsche Reich, das auf dem Wege wirtschaftlicher und finanzieller Wiederverhebung war, zu seinen Zerklümmern zurückkehrt und sich der Gefahr einer Abenteuerpolitik aussetzt.

„Welt Journal“ meint, Hindenburg sei eine Reliquie der preussischen Monarchie, ein Symbol des kriegerischen Deutschlands. Solange die Feindschaften andauern, habe er als Schutz für stärkere Charaktere gedient, namentlich für Ludendorff und Admiral Tirpitz. Nach dem Waffenstillstand sei es wieder zurück, der die Kandidatur Hindenburgs erlaubten habe.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt: Angesichts der Lage die in Deutschland durch die Wahl Hindenburgs geschaffen wurde, ist es unerlässlich, eine enge Verbindung zwischen den Volksmassen der beiden Länder herzustellen, um jede Politik, die auf einen neuen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland abzielt, unmöglich zu machen.

Der „Quotidien“ meint, es wäre unnütz, sich den Ernst der Wahl, die getroffen wurde, zu verbemühen.

Belgien

Brüssel, 27. April. (Eig. Bericht.) Die Wahl Hindenburgs hat in den sozialistischen und demokratischen Kreisen geradezu eine Konfession herbeigeführt, und ihr erster Eindruck ist der einer trostlosen Zukunft für die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland. Auf nationalisierter Seite dagegen höhnendes Triumphgeschrei. Der Wahlausfall wird als der Vorkroft der Politik des Entgegenkommens gegenüber Deutschland ausgerufen und als Beweis dafür anerkannt, daß dem Reich gegenüber nur die Politik der starken Faust am Platze sei. — Im „Peuple“ schreibt de Broderick: „Die Wahl Hindenburgs bedeutet zweifellos den schwersten Schlag für die Hoffnung aller dieser, die im guten Glauben für die Befriedung Europas arbeiten. Keine Erklärung des Wahlausfalls kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sieben Jahre nach einem Kriege, ein Jahr nach dem Dawesplan, mitten in den Verhandlungen über den Garantierakt fast die Hälfte aller erwachsenen Deutschen für einen Mann gestimmt haben, der nie ansehbar hat, die Verbesserung des grausamen brutalen Militarismus zu sein.“ — „Le Soir“ schreibt: Die Wahl Hin-

denburgs ist ein autoritäres Ereignis. Mit dem heutigen Tage hat die deutsche Republik zu bestehen aufgehört. In wenigen Tagen wird der alte Generalstab der Kaiserlichen Armee in die Wilhelmstraße einziehen, über die Reichswehr verfügen und die ganze deutsche Politik in dem von den Nationalisten und Monarchisten gewollten Sinne leiten. England und Amerika können heute feststellen, daß die belgischen, französischen Bestrebungen nicht unberührt waren, und nach einem Jahre Herrschaft wird niemand behaupten können, daß die französische Politik das deutsche Volk gereizt habe.

Die „Nation belge“ schreibt: Die Mehrheit des deutschen Volkes wollte Hindenburg, weil sie den Kaiser und den Krieg will. Sie hat heute ihren Hindenburg. Sie wird morgen ihren Kaiser und ihren Krieg haben. Das Blatt verurteilt zu Schanden, indem es schreibt: Hindenburg, der Blakhalter Wilhelm, ist der Herr des Reiches. Diese Tatsache muß die Regierungsmacht beherrschen; sonst ist Belgien verloren. — „Binetisme Siecle“ schreibt: Hindenburg, die Verbesserung des preussischen Militarismus, tritt an die Stelle Ehrbes. Das genügt, um jedem klar zu machen, wohin und in welchem Tempo die Reise in Deutschland geht. Es sei keine gute Vorbereitung für den Frieden Europas.

Schweiz

Die Montagausgaben der Schweizer Presse, die Stellungnahmen zur Wahl Hindenburgs, stimmen in der Auffassung überein, daß der Sonntag ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte sei. „Journal de Geneve“ schreibt: Das Ausland wird nie verstehen, daß Hindenburg, der sein Leben lang nur zum Ruin und zur Niederlage Deutschlands beigetragen hat, als Nationalheld erscheint, während Marx, der mehr als jeder andere zum Wiederaufbau Deutschlands beigetragen hat, von den Nationalisten als Verräter behandelt wird. Hindenburgs Sieg ist eine der Sentimentalitäten und militärischen Traditionen Deutschlands. Es ist unerhört, daß die Deutschen nach ihrer schweren Niederlage nicht endlich einsehen, daß sie das Ausland nicht dauernd vor den Kopf stoßen können. Was wollen sie jetzt, wo sie ihren Hindenburg setzen, mit ihm anfangen, wenn keine hohe Gegenpart Deutschland das höchste Vertrauen fortbringt, das es im Laufe der letzten Jahre wieder gewonnen hat? Was am meisten Befremdend erscheint, ist die geistige Verfassung, welche die Wahl offenbart. Das Ausland wird daraus keine Schlüsse ziehen und die internationalen Beziehungen werden sehr darunter leiden. Oder glaubt etwa Herr Stresemann, daß er jetzt keine Garantie- und Völkerbundspolitik fortsetzen kann, wenn er auf das Mißtrauen der ganzen Welt stößt?

„Tribune de Geneve“ schreibt: „Alle Friedensfreunde der ganzen Welt beklagen diese Wahl, die die Militarismarilla wieder in den Sattel setzt. Es scheint, als ob dem deutschen Volke nicht zu helfen ist.“ „Tribune“ meint: „Zwei Millionen kommunistische Stimmen haben Hindenburg zum Siege verholfen, das ist der Höhepunkt politischer Ignoranz und Gemeinheit.“

Amerika

New York, 27. April. (Eig. Bericht.) Die Wahl Hindenburgs hat hier geradezu Verwirrung und Enttäuschung hervorgerufen. In der ganzen Presse wird das Wahl Hindenburgs in Kriegsuniform mit dem Marschallstab getrachtet. Die propagandistische Wirkung dieser Art Bilder ist aus der Kriegspostographie bekannt. Die Wahl hat Deutschland ein Gut Stück der freundlichen Beurteilung, in der letzten Zeit gefolgt. Remond „Beralt“ schreibt, daß die Wahl Hindenburgs geradezu die Politik der Widerstellung bedeute. Der Stimmungsantrieb in Amerika werde in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht großen Schaden für Deutschland anrichten. Deutschland habe kein wahres Gesicht gezeigt und die ganze Welt zu äußerster Vorsicht gemacht.

Die Montag-Abendblätter signalisieren den völligen Umschwung der amerikanischen Stimmung gegen Deutschland. General Allen äußerte: Ganz Amerika betrachte die Wahl Hindenburgs als einen Schlag gegen die deutsche Republik. Die „Chicago Tribune“ kündigt die neue wirtschaftliche und politische Stellung Deutschlands an. Deutschland habe die Monarchie gewählt. Der Stuhl Hindenburgs der der Stuhl der Hohenrollen.

Derzweiflungsmanöver der kommunistischen Helfershelfer

Aus Berlin wird gemeldet: Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen offenen Brief der Zentrale der kommunistischen Partei an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, in welchem beide aufgefordert werden, gemeinsam mit den Kommunisten zum Zeichen der Freundschaft des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Monarchismus am Tage des Einzuges des Reichspräsidenten in Berlin einen 24 stündigen Generalstreik zu veranstalten.

Es ist selbstverständlich, daß die Partei und die Gewerkschaften, falls sie die kommunistische Zentrale überhaupt einer Antwort würdigen wollen, wogu wir in keinem Falle raten würden, ab zu haken und antworten. Der „Offene Brief“ der Kommunisten ist in Wahrheit nichts anderes als ein politisches Derzweiflungsmanöver, um von der schweren Schuld abzulenkten, die die Kommunisten dadurch verübt haben, daß sie — und zwar sie in erster und hauptsächlichster Linie — die Wahl Hindenburgs herbeigeführt haben. Das haben die Kommunisten wohl schon am Montag, also am Tage nach der Wahl gemerkt, daß es auch bei kommunistischen Arbeitern zu dümmern beginnt, wenn auch viel zu spät, daß ihre Mithilfe bei der Wahl Hindenburgs ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus war. Wogu noch kommt, daß die Kommunisten sich außerdem in der Hoffnung getäuscht haben, sie werden am Wahltage Millionen von sozialdemokratischen Wählerstimmen erhalten. Nun soll ein Leudes Manöver, das die Kommunisten in ihrer erbärmlichen Gewissenlosigkeit sicherlich dazu ausnutzen würden, Zusammenkünfte mit der Polizei herbeizuführen und abermals Proletarier ins Unglück zu stürzen, die kommunistische Schuld vergessen lassen.

Mit all diesen Schachzügen werden die Kommunisten kein Glück haben. Das Herr v. Hindenburg als Reichspräsident seinen Einzug in Berlin halten kann, verdankt er den Kommunisten. Und mit den gleichen traurigen Elementen dann gemeinsam irgend eine Aktion zu unternehmen, wäre himmerbrante Torheit.

Original-Entfettungskur

unschädlich — wirksam
Allein echt: Währholener Naturheilk., Elberfeld.
Niederlage für Karlsruhe: Hol-Apotheke, Kaiserstr. 201.

Deutscher Reichstag

Berlin, 28. April.

Präsident Loebe eröffnet um 12 Uhr nachmittags die schwach besuchte Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Rede für die verst. Hgg. Wertheimer, Dr. Hoffe, Dr. Baasche und Brämel. Er teilte weiter mit, daß er dem Präsidenten der bulgar. Sobranje die Teilnahme des Reichstages an dem Ableben so vieler Parlamentarier bei dem letzten Winter übermitteln habe. Der Präsident beglückwünschte dann unter allseitigem Beifall den Alterspräsidenten Bae, der heute seinen 80. Geburtstag feiert. Vor Bae, der von den Abgeordneten aller Parteien begrüßt wird, ist ein großer Strauß roter Rosen aufgestellt.

Anträge der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener Abgeordneter werden debattiert dem Beschäftigungsansatz überwiegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Hg. Neubauer (Komm.) die sofortige Befreiung des Urteils des sogenannten Tschela-Prozesses. Das er ein ungeheürliches Leiden erkrankt nennt. Die Kommunisten hätten hierzu eine Interpellation eingebracht, deren sofortige Befreiung sie verlangen müssen.

Präsident Loebe hat sich nach der Geschäftsordnung die sofortige Befreiung der erst heute eingebrachten Interpellation unmöglich sei.

Der Reichstag setzt heute die

Zweite Beratung des Reichshaushalts
fort beim Austausch des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Stangl leitete die Beratung durch eine längere Darstellung des gegenwärtigen Standes der Reichspostverwaltung ein. Der Kraftwagenverkehr bei der Post habe sich gegenüber verdoppelt und auch der Fernsprechverkehr bestimme sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Der Reichspost habe allerdings den Stand von 1913 noch nicht erreicht, der Postverkehr sei dagegen auf der alten Höhe wieder angelangt. Als neues Arbeitsgebiet der Post sei der Fernverkehr hinzugekommen, der sich überraschend schnell fortentwickelt habe. Für das Personal der Post würden erforderliche ausreichende Beschäftigungsbedingungen und eine möglichst ausgedehnte soziale Fürsorge zur Beschaffung von rund 2000 Wohnungen sind für 1925 18 Millionen Mark vorgesehn. Das Rechnungsjahr 1924 wird mit mindestens 20 Millionen Mark Ueberschuß abschließen. Im Vergleich zu 1924 ist in diesem Jahre die Finanzlage der Post etwas gebessert, weil die Gebühren ermäßigt und die Bevölkerungserhöhung sich andern. Die Postkasse weist einen Nettogewinn von 2,7 Millionen Mark ab. Ziel der Tarifpolitik ist die Gebühren so niedrig zu machen, wie es die wirtschaftlichen Interessen irgendwie zulassen. Für absehbarer Zeit ist aber eine weitere Ermäßigung der Gebühren ausgeschlossen, weil die Ausgaben steigen und die Aufgaben der Reichspost erweitert werden sind. Das Postfinanzgesetz hat sich in jeder Beziehung bewährt.

Hg. Seydel (Soz.) hält es für notwendig, daß der jetzt viel zu starke Einfluß des Reichsfinanzministeriums auf den Verwaltungsrat der Reichspost eingeschränkt werden müsse. Für die gute Entwicklung des Bundesfunk gebühre besonderer Dank dem Staatssekretär Wedem. Es müsse aber mehr darauf geachtet werden, daß die Ueberparteilichkeit des Bundesfunk gewahrt bleibe. Es war nicht angebracht, daß in der letzten Wahlperiode der Berliner Sender im Anschluß an die Werbung vom Wahlrecht Hindenburgs große Schmachtmittel machte. Dätte Marx gegen, so hätte man wahrscheinlich einen Tramerismus gestiftet. (Sehr richtig links.)

Hg. Körner (D.N.) begrüßt die Ausführungen des Ministers die ein erfreuliches Bild des Wiederaufbaus gezeigt hätten. Es habe sich bei der Post das Verfahren bewährt, einen erfahrenen Sachmann an die Spitze der Verwaltung zu stellen. Eine Verbesserung der Randstellung sei wünschenswert. Andererseits sei das Bestreben zu unterlassen, dem Personal den Gehalt der Sonntagsruhe zu ermöglichen, soweit es die Verhältnisse erlauben. Die Sonntagsruhe dürfe nicht vergriffen werden, aber zu Neulandarbeiten des Bundesfunk nicht benutzt werden. Der Redner äußerte das Vertrauen zu dem Minister, daß er mit dem Personal ein harmonisches Verhältnis herstellen und den guten Ruf der Reichspost erhalten und wahren werde.

Hg. Miesotte (Zentr.) bringt Beschwerden der Beamtenenschaft über die Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse vor. Die Veranlassung dafür treffe den Reichsfinanzminister, der für die Beamtenenschaft seines Ressorts weit besser gesorgt habe als für die in anderen Ressorts. Das werde jetzt noch in der Beamtenpolitik der Reichspost nach. Man sollte die Einstellung über Hilfskräfte einschränken und dafür besonders die ungünstigen Beförderungsverhältnisse der mittleren Beamtenchaft verbessern.

Hg. Morath (D. Sp.) wünscht eine Befreiung des Einflusses des Reichstages in der Verwaltung der Reichspost. Der erfreuliche Aufstieg im Postbereich sei in erster Linie durch Opfer der Postbeamtenchaft erreicht worden. Dafür sollte man den Beamten Dank wissen und sich ihren berechtigten Forderungen nicht verschließen. Die Sonntagsruhe dürfe nicht vergriffen werden. Die Dienstleistungen sollten nicht durch Gebührende vermindert werden. Die Post habe, so habe schon Friedrich der Große gesagt — in erster Linie die Aufgabe, der Wirtschaft zu dienen.

Hg. Dr. Ralsig (D.) richtet an die Postverwaltung die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß der Bundesfunk recht bald auch im besetzten Gebiet Eingang finde. Die Einführung des Postverkehrs durch die Post ist an sich erfreulich, in mancher Beziehung aber machen die Postkosten der früher betriebenen Autolinien eine geradezu unzulässige Konkurrenz. Die Fernsprechnetze sind in Deutschland unheimlichmäßig höher als in anderen Ländern. Der deutsche Fernsprechnetz ist heute 3-mal so hoch als vor dem Kriege. Eine weitere Einschränkung der Sonntagsruhe ist nicht abzulehnen. Die Reichspost darf nicht die Posten verlassen, die sie der Generalpostmeister Stephan gemessen hat.

Hg. Ruck (Wirtsch. Bsp.) wünscht technische Verbesserung im Postwesen. Die Automatisierung des Fernsprechnetzes müsse mehr gefördert werden. Die Minister sollen sich die Gebühren zu hoch, während die Reichspost nicht die Kosten decken. In Verwaltungsrat der Post sollten auch die kleinen Fraktionen des Reichstages besser vertreten sein. Die Post muß darauf achten, daß sie bei der Neuorganisation der Reichspost nicht zu sehr geschwächt wird. Den Beamten muß eine ausreichende Bezahlung und ein angemessener Urlaub gewährt werden.

Gegen 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr vertagt.

Der Reichstagsausschuß zur Prüfung der Rubredite hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Minister Stresemann und Luther, sowie die ehemaligen Minister Solmann und Schmidt darüber zu vernehmen, was ihr Wille bei den Verhandlungen mit der Industrie gewesen sei um ob erzielte rechtliche Bindungen oder eine politische Verpflichtung vorliege.

Spottlieder auf die Republik

Hannover, 27. April (Sig. Bericht). Im Anschluß an die Bekanntgabe des Wahlergebnisses feierten in Hannover in der Nacht zum Montag lärmvolle Kundgebungen von Mitgliedern der sogenannten „Baterländischen Verbände“ ein. Während am Tage die Republikaner mit ihren Abzeichen das Straßenbild beherrschten, machten sich nach der Entscheidung in den ersten Morgenstunden des Montags die völkischen Kundgebungen breit. Gegen 8 Uhr morgens zogen etwa 5-6000 Personen hinter einer schwarz-weiß-roten Fahne durch die innere Stadt und sangen Spottlieder auf die Republik und die „Wacht am Rhein“. Am Montag war das Stadtbüro und die Hindenburgs Villa leer, ganz in schwarz-weiß-rot getaucht. Die besitzenden Kreise Hannovers begrüßten den neuen Präsidenten der Republik mit den Farben der Hohenzollern.

Man muß schon sagen: Ein „würdiger“ Vertreter der Republik, den sich da das deutsche Volk in seiner politischen Unvernunft als Staatsoberhaupt gewählt hat. Seine Anhänger singen Spottlieder auf die Republik und er will nächster Tage auf die Verfassung eben dieser Republik den Eid leisten. Hat die Weltgeschichte je einen blutigeren Witz gemacht?

Nicht nur nationalistische Hege, sondern auch Justifikation gegen das Reichsbanner?

Aus Dur Lauch wird gemeldet:
Die Behauptung in der amtlichen Erklärung, daß der Dekretentwurf über einen Lungenstich habe, entspricht, wie wir aus sicherster Quelle wissen, nicht den Tatsachen. Die Behauptung, daß der Reichsbannerführer Hege mit einem Revolver auf die Dekretentwürfe geschossen habe, wie das „Tagblatt“ berichtet, ist vollständig frei erfunden. Auch die tendenziöse Nachricht der „Badischen Presse“, der verhaftete Reichsbannerführer Hege sei einer der schlimmsten Heber, ist direkt verlogen. Wer Hege kennt, und er ist sehr gut bekannt in Durlach, weiß, daß er ein sehr ruhiger und besonnener Mann ist. Hoffentlich giebt diejenige Angehörige des Reichsbanners, welche noch Abkommen dieser beiden Wäcker sind, aus dieser tendenziösen Verichterstattung die Konsequenzen. Was jetzt sind, soweit wir informiert sind, ca. 16 Reichsbannerleute verhaftet; von der anderen Seite unseres Wissens niemand. Es wird ein schon Ohrenzeugen verifiziert, daß der pp. Erb schon am Sonntag nachmittag vom Auto herab Bekannten eine Art Totschläger gezeigt hat mit der besagenden Verurteilung: „Heute abend gibt's“. Ebenso sind Augenzeugen vorhanden dafür, daß die Herren Dekretentwürfer schon am Vormittag Steine auf ihr Auto geschleudert haben, die offenbar nicht als bloßer „Ballast“ mitgenommen wurden. Der Getötete heißt nicht Geber, sondern Kröber.

Wenn es richtig sein sollte, daß aus Anlaß der dauerlichen und blutigen Vorgänge am Sonntag der Eifer und die Kraft der Staatsanwaltschaft sich nur einseitig gegen die Reichsbannerleute richtet, während die provozierenden und schließenden Dekretentwürfer sich der Langmut der Justizbehörden zu erfreuen vermögen, so wäre ein solcher Tatbestand durchaus geeignet, eine ungeheure Erbitterung unter die Arbeiterschaft im Lande zu tragen. Die Justizaktion von Striegau in Schlesien, wo nach einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelm und Reichsbanner ebenfalls ausschließlich die Reichsbannerleute verhaftet und dann verurteilt wurden, während die Stahlhelmer bis heute unbehelligt geblieben sind, obgleich sie im Geiste ihrer Uebermacht das Reichsbanner provoziert und angegriffen haben, in Baden etwa zu wiederholen, erscheint uns zunächst noch unglücklich, jedoch, nicht nur Gottes Wege, sondern auch die der deutschen Justiz sind manchmal wunderbar. Sollten die Reichsbannerleute sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, wird und muß natürlich die Justiz ihre Pflicht erfüllen, denn sie hat die Aufgabe, ohne Ansehen der Partei, der Gesinnung und der Person unparteiisch ihres Amtes zu walten. Wer aber das Auftreten der Dekretentwürfer im Präsidentenwahlkampf aufmerksam beobachtet hat, wird unmöglich zu der Annahme gelangen können, die Dekretentwürfer seien ausschließlich die Angegriffenen und Schuldlosen.

Den Organen der Justiz, denen es so schnell möglich war, angelegliche oder wirkliche Verfehlungen von Reichsbannerleuten festzustellen, denen wird es bei unparteiischer Pflichterfüllung ebenso gelingen, auch angelegliche oder wirkliche Schuldige auf der Gegenseite zu finden. Wir können und wollen derweil nicht annehmen, daß die hasserfüllte Hege gegen das Reichsbanner, die die „Badische Presse“ und das „Karlsruher Tagblatt“ bereits ganz systematisch betreiben, auch ihre Wirkung bei badischen Justizbehörden ausgelöst hat.

Die badische Parteipresse zur Präsidentenwahl

„Volkstimme“ Mannheim:

Die Weltgeschichte hat gestern wieder einmal einen ihrer besonders grotesken Treppentritte gemacht: Hindenburg ist der Deutschen Republik Präsident geworden.
Der Monarchist von Blut und Ueberzeugung ist zum höchsten Repräsentanten eines heute nur in einer republikanischen Verfassung möglichen Staates aufgerückt. ...
Stinkt in diesem Unfug an Ende doch ein Sinn? Wenn ja, dann kann es nur der sein, daß die Geschichte an einem großen Beispiel noch einmal den Widerspruch des ganzen alten Regimes aufdecken und dieses durch die größte Selbsterlöschung über die es noch verfügt, sich selbst zur endgültigen Selbsterlöschung bringen will.
Nun hat das Geschick ihn gerade an die Stelle gehoben, an der er am unzulässigsten ist. Und nun wird er, einem unerschütterlichen Zwang folgend, in Allem und Jedem gegen seine eigene Ueberzeugung, wider seine Natur, gegen seine ganze Begegnung handeln müssen.
Die Franzosen werden sich verkriechen, nun da er gekommen ist, und werden uns Schlag-Bohnen zurückgeben, das Eisenmann eben zum zweiten Male „preisgeben“ wollte. Gen-

ral Dawes wird uns von allen Zahlungen entbinden. Polen wird uns alles von ihm gekauften Land im Osten mit Zins und Zinseszins wiedergeben. Und alle nationale Schmach und Schande wird ein für allemal zu Ende sein.“
Ueber das Wahlergebnis in Mannheim schreibt die „Volkstimme“:

„Mannheim hat wohl einen Sieg für die Republik erfochten, und zwar einen überzeugenden, doch auch hier wurde der Kampf durch die Eingeintragung religiöser Momente außerordentlich erschwert. In allen protestantischen Kirchen der Stadt wurde am Vormittag, trotz wiederholter Warnung, der Aufruf für Hindenburg und gegen Marx verlesen, und der Pfarrherr der Konfessionskirche konnte es sich nicht verkneifen, sogar den Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ vom Turm blasen zu lassen. Die protestantische Kirche hat sich also wieder einmal weit fanatischer erwiesen, als die katholische.“

„Volkswacht“ Freiburg:

Der alte Hindenburg hat einen Sieg erfochten, einen Sieg, der jenem gleich, wie ihn der König Artus von Gwynn in den Jahren 280 und 270 v. Chr. bei Heracles und Hercules über die Römer erfochten hat. ... Das Meer der evangelischen Orthodoxen und der politischen Wurzellosen, das gestern als Landsturm letzten Aufgebots vom Reichsblock mobilisiert werden konnte, wird sehr bald von den Illusionen durch rauhe Tatsachen kuriert sein. Allerdings werden die Folgen der Wahl Hindenburgs in erster Linie wieder diejenigen treffen, die gestern als politische erregte Männer und Frauen an die Urne traten und nicht nach Gefühlen, sondern nach verstandesmäßiger Beurteilung ihre Stimmen für den Kandidaten des Reichsblocks abgaben. ...

Wir verheimlichen es nicht, daß der Schlag gegen die Republik, der gestern dem Reichsblock mit Hilfe der Kommunisten, mit Hilfe einer wüsten evangelisch-orthodoxen Hege und mit Hilfe der politischen Wüsten der Bürgerrechts, die aus Eitelkeit und von einem Ort zum andern fliegen, gelungen ist, in den Herzen der Republikaner tiefen Schmerz ausgelöst hat. Aber dieser Schmerz kann die Kampfgeist nicht in geringsten lähmen. Im Gegenteil! ...

„Volkzeitung“ Heidelberg:

Wenn trotzdem es den Deutschen Nationalen im Bunde mit ihrem gleichgerichteten Anhängel gelänge, ihrem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, so tragen hieran eine Reihe von Ursachen die Schuld. Neben sekundären Motiven wie Passivität oder Abzwingen einzelner demokratischer Stimmen zu Hindenburg und Passivität oder Abzwingen einzelner sozialdemokratischer Stimmen zu den Kommunisten sind verschiedene im Vordergrund stehende Erscheinungen hierfür vorhanden. Vor allem war außer Fehlern der europäischen Demokratien die langjährige haarsträubende Duldung der Republik gegenüber der nationalistischen Reaktion die Hauptursache dafür, daß das Unkraut des Nationalismus überhaupt in Deutschland wieder so jääh in die Palme schießen konnte. Ein weiterer Faktor ist die unheilvolle der letzten Jahre der deutschen Reaktion zeigte: auf Thälmanns Wägen ritt Hindenburg als Sieger; die 1708 420 kommunistischen Stimmen zu den 13 740 559 Volkswahlstimmen gezählt, hätten mit 15 520 900 Stimmen den Sieg von Marx gegenüber den 14 689 927 Hindenburgstimmen bedeutet. Die Kommunisten wollten jedoch Hindenburg und haben ihr Ziel erreicht.“

„Freie Presse“ Pforzheim:

„Diese Nachricht hätten wir in der Tat nicht erwartet. Wir hätten nicht angenommen, daß in Deutschland nach den Schrecknissen des Weltkrieges mit all seinen Folgen der Verlagerer des Bismarckismus, der damit unzulässigerweise ungezügelt Menschenscheitern mit all dem Drum und Dran geübert hat, der altfränkische Greis, dessen geistige und körperliche Energie den Anforderungen des Amtes eines Reichspräsidenten in keiner Weise gemessen sein dürfte, der willige Reining auf politischem Gebiete gemacht werden wird.“

Gäßen die 1 1/2 Millionen Kommunisten, wie es in letzter Stunde selbst einschneidende russische Volksstimmen verlangen, für den Republikaner Marx gestimmt, wäre dieser mit einer Stimmenmehrheit von einer Million gewählt worden. All die politischen und wirtschaftlichen Folgen der Wahl Hindenburgs haben also die deutschen Arbeiter den Kommunisten zu danken!

„Volkswille“ Singen:

„Der Wack der Reichen triumphiert! Die Kommunisten haben die Reaktion in der Tat erlitten — reiten wird sie schon können. Das Volk wird es zu spüren bekommen. Nach einem Eiert in Hindenburg! Deutschland bleibt von keiner Dummheit verdonnert. Es ist hier unklar, daß ein Volk von so hervorragender Tüchtigkeit gerade auf politischem Gebiet so erscheinend verfallen, einem derartigen Dilettantismus verfallen, elenden politischen Schleichern in die Halle laufen kann.“

Zur Aufwertungsfrage der Invaliden- und Angestelltenversicherungsleistungen

wird uns geschrieben: Durch Gesetz vom 23. März ds. Js. haben die Leistungen aus der Invaliden-, wie auch aus der Angestelltenversicherung (Invaliden-, Hinterbliebenenrenten, Ruhegeld usw.) ab 1. April ds. Js. eine erhebliche Aufwertung (Zufahrtserhöhung) erfahren. In der Invalidenversicherung wurden die Grundrenten durch Erhöhung des Reichszuschusses bei Invaliden, Witwen- und Waisenrenten von jährlich 48 auf 72 M. bei Waisenrenten von jährlich 24 auf 36 M. um monatlich 2 M. bzw. 1 M. erhöht. Für die bis zum 30. September 1921 in der Invalidenversicherung, bis zum 31. Juli 1921 in der Angestelltenversicherung entrichteten Beiträge wird weiterhin ein besonderer Steigerungsbetrag gewährt. Er beläuft sich bei der Invalidenversicherung für jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarke in der Lohnklasse II auf 2, III auf 4, IV auf 7 und V auf 10 M. Die Zufahrtserhöhung in der Angestelltenversicherung beträgt für jeden Beitrag in der Gehaltsklasse F 1 M., G 2 M., H 3 M. und J 4 M. In der Ausführungsverordnung vom 1. ds. Mts. bestimmt der Reichsarbeitsminister weiter, daß insoweit die Verteilung der gültig entrichteten Beiträge zur Invalidenversicherung auf die Lohnklassen nicht mehr festzustellen ist, ein einheitlicher Steigerungsbetrag von 5 M. gilt. Weist der Berechnete bis zum 31. Dezember 1925 die Verteilung der Beiträge auf die Lohnklassen nach, so ist der Steigerungsbetrag nach den oben angeführten Sätzen zu berechnen, wenn dies für den Berechneten günstiger ist. Zu den laufenden Renten der Wanderversicherer tritt frühestens vom 1. Januar 1924 ab die Zufahrtserhöhung der Angestelltenversicherung. Diese ist rückwirkend auch bei Berechnung der Hinterbliebenenrenten von Wanderversicherern zu berücksichtigen. In der Angestelltenversicherung werden zu den Beiträgen, die für unzulängliche Angestellte bzw. Kalbverdiener entrichtet wurden, Steigerungsbeträge nur dann gewährt, wenn der tatsächlich entrichtete monatliche Beitrag mindestens 13,30 M. erreicht. Der Steigerungsbetrag bestimmt sich nach dem tatsächlich bezahlten Beitrag entsprechend aber nach der zunächst höheren Gehaltsklasse. Zu den nach dem 31. Dezember 1922 festgestellten am 1. April 1925 noch laufenden Ruhegeldern der Wanderversicherer tritt außerdem vom genannten Tage ab die Zufahrtserhöhung

aus der Invalidenversicherung. Hiernach erfahren die Invaliden, Angestellten und Hinterbliebenenrenten eine ganz erhebliche Erhöhung. Je nach der früheren Beitragsentrichtung steigern sich die Renten bis zum doppelten bisherigen Betrag und darüber. Wenn von einer Seite behauptet wird, die Berechtigten müßten monatelang auf ihre Renten warten, so ist diese Behauptung gänzlich erfunden.

Ebenso verhält es sich mit den entsprechend erhöhten Leistungen aus der Angestelltenversicherung. Die Erhöhung des Reichszuschusses in der Invalidenversicherung mit 2 bzw. 1 M. monatlich wird ohne Zutun der Versicherungsträger schon durch die Post ausbezahlt, sie gelangte bereits erstmals am 1. ds. Mts. zur Auszahlung. Die Berechnung der Rentensteigerung aus der Aufwertung früher geleisteter Beiträge ist in vollem Gange, sie erfolgt ohne weitere Unterbrechung. Den Berechtigten wird die Höhe der neuen Renten mitgeteilt. Gegen diese Mitteilung findet ein Rechtsmittel nicht statt.

Die Landesversicherungsanstalt Baden läßt es sich ganz besonders angelegen sein, die Aufwertung der Renten mit der größtmöglichen Eile durchzuführen und dabei auch die Anweisung neu hinzutretender Renten nicht zu verzögern. Durch Einstellung von Ausschüssen und Leistungen von Ueberstunden der gesamten Versicherungsanstalt wird es ermöglicht, täglich mehrere Hundert erhöhter Renten zur Anweisung zu bringen. Die Berechnung geschieht planmäßig fahrgangsweise. Schon nach wenigen Wochen — nicht nach monatelangen Warten — wird bei dem anerkanntem Eifer der Landesversicherungsanstalt Baden auch die letzte Rente aufgewertet und angewiesen sein. Eine bevorzugte Behandlung einzelner Rentenaufwertungsfälle konnte und kann im Interesse der ungeführten Durchführung der Umrechnungsarbeiten nicht zugelassen werden. Die Stellung derartiger Anträge oder Anfragen würde auch nur die in höchster Anspannung arbeitende Beamtenbesetzung der Versicherungsanstalt belasten und die im Allgemeininteresse der Berechtigten liegende beschleunigte Arbeitsverteilung aufhalten. In Zweifelsfällen der Rentenaufwertung, wie in allen Angelegenheiten der Sozialversicherung ist das Weizsäckeramt — Versicherungsamt — Aufwärtsbüro.

Gewerkschaftliches Unverkämtes Unternehmertum

In der Korbinandindustrie von Granshofen, Lichtenau und Umgebung haben die Arbeitgeber sämtliche Arbeiter ausgeheert. Grund dazu war, daß der Schlichtungsausschuß Karlsruhe einen Schiedsspruch fällte, der den Arbeitern den Stundenlohn von 42 auf 48 Pfennig erhöhte. Diesen Schiedsspruch haben die Arbeitgeber abgelehnt, und darauf wurde er vom badischen Landesgericht als verbindlich erklärt.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe
Die angeforderten Redner zur Mafseier wurden wie folgt zugewiesen:

- Freitag, 1. Mai:**
Dietlingen a. Pforzheim: abends 8 Uhr im „Grünen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Dörfer-Karlsruhe.
Offenburg: abends 8 Uhr. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Freyhof-Mannheim.
Pforzheim: abends 8 Uhr im „Saalbau“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Müller-Karlsruhe.
Reutesheim a. Neckl.: abends 8 Uhr. Referent: Pfarrer Gen. Löb-Riegel.
Rintheim: abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Professor Gen. Dr. Geiger-Pforzheim.
Pforzheim: abends 8 Uhr im „Volkshaus“. Ref.: Stadtrat Gen. Föhler-Karlsruhe.
Neckl.: abends 8 Uhr im „Schwarzwälder Hof“. Referent: Volkssekretär Gen. Heidel-Baden-Baden.
Durlach: abends 8 Uhr in der Festhalle. Ref.: Sekretär Gen. Würtner-Pforzheim.
Baden-Baden: vorm. 9 Uhr im „Valdreit“ und abends 7 Uhr in der „Laube“ in Oosfueuern. Referent: Schulinspektor Gen. Reimuth-Karlsruhe.
Dagsfeld: abends 7 Uhr im „Wahnhof“. Ref.: Genosse Tamberg-Pforzheim.
Glarzweiler Amt Offenbach: abends 8 Uhr in der „Brauerei Armbruster“. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Wirth-Appenweier.
Gaggenau: abends 8 Uhr im „Cambrinus“. Ref.: Prof. Gen. Hofbach-Karlsruhe.
Weingarten: abends 8 Uhr im „Rögle“. Ref.: Gen. Oefh-Pforzheim.
Daxlanden: abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Regierungsrat Gen. Lehmann-Karlsruhe.
Bobersweiler Amt Neckl.: abends 8 Uhr im „Grünen Wald“. Referent: Gen. Vogel-Offenburg.
Söllingen: abends 8 Uhr. Referent: Sekr. Gen. Stenz-Karlsruhe.
Kotensfeld: abends 8 Uhr im „Ochsen“. Referent: Stadtrat Gen. Zurg-Karlsruhe.
Söllingen: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Sekr. Gen. Hannann-Pforzheim.

- Samstag, 2. Mai:**
Kappelrodeck: abends halb 9 Uhr im „Neßhof“. Referent: Gen. Trinius-Karlsruhe.
Kaufenberg: abends 8 Uhr. Referent: Stadtr. Gen. Schmeckebach-Baden-Baden.
Philippsturg: abends 8 Uhr im „Grünen Winkel“. Ref.: Gen. Pfarrer Wappes-Karlsruhe.
Breiten: abends 8 Uhr in der „Stadt Pforzheim“. Ref.: 2 Schulinspektor Gen. Reimuth-Karlsruhe.
Königsbach a. Pforzheim: abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Stadtr. Gen. Böhlinger-Karlsruhe (verbunden mit 30jähriger Gründungsfeier).
Mastatt: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Bürgermeister Gen. Richter-Durlach.

- Sonntag, 3. Mai:**
Odeshebronn a. Pforzheim: mittags 2 Uhr im „Rögle“. Referent: Hans Würtner-Pforzheim.
Neieren a. Pforzheim: abends 7 Uhr in der „Linde“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Graf-Pforzheim.
Pforzheim: mittags 3 Uhr im „Volkshaus“ 35jährige Stiftungsfeier. Referent: Landtagsabgeordneter Graf-Pforzheim.

Wir bitten die Feiern allerorts gut vorzubereiten.
Hagsfeld. Der Ortsverein Hagsfeld der SPD begehrt dieses Jahr den Weltfeiertag des Proletariats durch eine kleine Feier. Freitag, 1. Mai, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „Wahnhof“ die Mafseier statt, wozu die gesamte Arbeitnehmerschaft eingeladen ist. Für diejenigen Arbeitnehmer, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, findet mittags ein Spaziergang statt. Treffpunkt hierzu um 1/3 Uhr am Bahnhof.

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg
von Bruno Schönfelder

86

Nachdruck verboten.

(Vortsetzung)

Noch stand bei Würzburg unbefestigt das Hauptquartier der fränkischen Bauern; der Frauenberg, die trohige Feste der Bischofsstadt, war ihr Ziel. Wohl hatte mancher Hauptmann vor einer Belagerung gewarnt und wollte von langer Hand Stillsitzen nichts wissen, dessen Gefahren er kannte und fürchtete, auch war die Burg ohne vorübergehende künftige Beschießung mit schwerem Geschütz nicht zu nehmen; aber die Bauern hatten sich nun einmal in den Gedanken verhasst. Die Besatzung bestand aus tapferen, ausgesuchten Leuten, ihre paar hundert Mann trotzten unerschrocken den Tausenden am Fuße des Berges, denn sie waren einig, während bei den Bauern wie immer das Gegenteil herrschte. Am schlimmsten trieb es in dieser Beziehung der Bauernrat, ihre einflussreichste Körperschaft, die nur dann zusammenhielt, wenn es gegen die Mitarbeit der fähigen Köpfe des Heeres ging; zuletzt wurden diese überhaupt nur noch auswärts beschafft, damit der platte, beschränkte Geist um so dreister im Lager herrschen konnte. Unter diesen Umständen schwand bald die Ordnung, und dafür riß Unbotmäßigkeit und Angehörigkeit ein. Raufhändel, blutige Schlägereien, Verdrachsbuch, Anzucht, Plünderungen Verbündeter und ähnliche Vergehen waren an der Tagesordnung, ohne daß der Bauernrat dagegen einschritt. Zuletzt wurde überhaupt nichts mehr zur Aufrechterhaltung der Justiz getan, und die zur Befestigung der schlimmsten Verbrechen ausgerichteten Galgen verfielen dem allgemeinen Gespött, denn gehenkt wurde doch niemand. Zudem fraßen Müßiggang und das üppige Leben in der gesegneten Gegend an der Kraft des Einzelnen und der Haufen, so daß das fränkische Heer dem Verfall entgegenlief. Die Verhältnisse lagen noch viel schlimmer als früher bei den Württembergern.

Erst am 14. Mai begann eine ernste Beschießung der Burg; obwohl sie den ganzen Tag anhielt, richtete das unzulängliche Geschütz nicht viel Schaden an. Das war auch nicht der Zweck, es sollte nur etwas getan werden, denn schon schwirrten durchs Lager allerhand heunruhigende Gerüchte über den schlechten Stand der Bewegung im Süden, und aus dem gleichen Grund wurde auch der Sturm für den nächsten Tag beschlossen. Vorher erhielten aber die Herren in der Burg nochmals eine Auforderung, die Artikel anzunehmen. Sie lehnten selbstverständlich ab, weil sie lieber Leib und Leben lassen wollten, als die Burg übergeben.

Am Abend des 15. sammelte sich die Schwarze Schar Geyers an der Ostseite des Frauenbergs, leider ohne ihren Führer, der schweres Geschütz von Rotenburg heranzog. Ihr schloßen sich verschiedene Bauernhaufen an, die gut mit Leitern, Steigzeug und allem nötigen Sturmgeräth ausgerüstet waren, wovon sie genug auf ihrem Zug nach Würzburg zusammengebracht hatten. Nun dröhnten die Trommeln und schrillten die Pfeifen und donnerten die Geschütze. Der Sturm setzte mit ungeheurer Wucht ein. Der erste Haun wird zerhauen und durchbrochen, die Schanze überrannt, der Graben genommen; schon stehen die Angreifer vor der Mauer. Die Sturmleitern werden angelegt, sind aber teilweise zu kurz. Trotzdem versuchen die Bauern das Unmögliche, sie wollten die Mauern ersteigen. Aller Mut, alle Tapferkeit, alle Aufopferung sind aber vergeblich, an der Unzulänglichkeit des Gerätes und dem Widerstand der Besatzung scheitert der Angriff. Die Stürmenden werden mit Kugeln überschüttet, der Geschosshagel reißt gewaltige Lücken in ihre Reihen, die Leitern brechen unter der Last der Aufsteigenden; zerschmettert türzen die Männer in die Tiefe. Hier sind sie den Schwefeln und Pechkränzen, dem tosenden Wasser, den geschleuderten Steinen schutzlos preisgegeben; sie werden niedergeschossen, zerquetscht, verbrüht, verbrannt, die Hölle scheint sich zu ergießen. Die Unglücklichen können nicht hinaus, aber auch nicht zurück, sie sind in dem Graben gefangen wie in einer Falle, nur der unüberwindliche Schatten in der Tiefe bietet einzelnen Sicherheit vor den spähenden Blicken der Verteidiger. — Der Sturm ist abgeklungen.

Da brandet die zweite Sturmflut heran, dieses Mal ist der Angriff noch rücksichtsloser angelegt und wird noch ungestümer, noch tapferer vorgetragen. Die Kühnsten dringen bis in den Vorhof, andere ersteigen die Mauern nach dem Kiffelsberg. Aber unerschüttert stehen die Verteidiger, sie wissen, daß es um alles geht. Da stößt mit einem Male der Angriff, läßt das Angefühl des Stoßes plötzlich nach und die Kampfwut verfliehet, es fehlt die rechte Führung, um die erstrittenen Vorteile auszunützen, es fehlt Florian Geyer, der die Zögernden mit fortgerissen und alles zu gutem Ende geführt hätte. Die Hauptmacht war nicht rechtzeitig zur Stelle und verlagte vollständig, der verlorene Haufe allein konnte den Sieg nicht erzwingen, der so erfolgreich begonnene Sturm erstickte im Blut der Bauern. Um zwei Uhr morgens war die Gefahr für die Verteidiger vorüber, sie blieben jedoch auf ihrem Posten, denn sie erwarteten einen dritten Angriff. Mit neuen Kräften wäre er gelungen, weil die Besatzung nicht nur viel Verwundete besaß, sondern sich auch verschossen hatte. Drum gossen sie auf dem Schloß, des weiteren Kampfes gewärtig, die übrige Nacht eifrig Kugeln.

Die hohen Verluste hatten die Bauern vor einem weiteren Angriff abgelenkt, bei vierhundert Tote fand die Besatzung allein im Graben und in den Schanzen, Verwundete gab es dort nicht, denn alles, was sich nicht aus dem Graben retten konnte, ob leicht oder schwer verwundet, mußte dort eines schrecklichen Todes sterben, „liegen und verjagen, bis sie elend starben, es ward keinem da-

von geholfen, keiner aus dem Graben genommen, sondern die in der Besatzung liegen sie also umtrieben und ächzen, bis sie vergingen.“ Die wirklichen Verluste der Bauern sind nicht bekannt geworden. Sie waren nicht nur sehr hoch, sondern es waren auch die Tapfersten, die dort für die Befreiung ihres Standes das Leben geopfert hatten.

Vierundzwanzig Stunden später kam das schwere Geschütz aus Rotenburg. Mit seiner Unterstützung hätte der Angriff ein anderes Ende gehabt; aber jetzt wollten die Haufen nichts mehr von einem neuen Sturm wissen, sondern erwarteten alles Heil aus der Beschießung und der Untermürmung der Burg. Die Mauern wurden nun planmäßig in Trümmern gelegt und eine Brücke geschossen, wobei das zerfallende Mauerwerk den Graben füllte und einen Angriff erleichterte. Auch sonst wuchsen die Aussichten auf einen erfolgreichen Sturm, denn gleichzeitig nahm im Innern der Mangel überhand, es fehlte zumal an Wasser, so daß das Essen mit Wein getoscht werden mußte. Die Lage der Burg schien gefährlich.

Da kamen ihr die Nachrichten aus Württemberg zu Hilfe. Der Truchseß war nach dem Sieg bei Böblingen mit seinem Heer den Neckar hinaufgezogen, hatte die Neckarstädte als Wiege des Aufstandes grausam gestraft — Weinsberg ging mit allem, was drinnen war, in Flammen auf — und bedrohte schon Heilbronn, dessen Rat sofort die Sache der Bauern verließ, wodurch die dort stattfindenden Verhandlungen zur Reichserneuerung für immer unterbrochen wurden. Wendel Hipler, das geistige Haupt dieser Abordnung, verließ die Stadt, um bei dem bewaffneten Widerstand zu helfen. Aber schon war alles in Auflösung, und vergebens versuchte er die zerstreuten Haufen an günstigen Verteidigungspunkten zu sammeln; es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich nach Würzburg zu wenden, um das dort untätig lagernde Heer in Bewegung zu bringen. Aber auch hier verlagte anfangs seine Tapferkeit gegenüber der Unfähigkeit des Bauernrates und der stumpfen Trägheit des gemeinen Mannes; nur langsam vermochte er die verschiedenen Widerstände zu bewältigen und Bewegung in die saule Masse zu bringen. Es dauerte noch Tage, bis ein wirklicher Entschluß gefaßt wurde. Die bisherigen Gegensätze arteten nun in gefährliche Feindschaft aus, Mißtrauen nahm überhand, Verdächtigungen fanden guten Boden, und Argwohn fraß um sich; besonders hatten die Führer die von Geburt keine Bauern waren, darunter zu leiden. Hierdurch angeleitet verließ mancher von ihnen offen das Lager, während von den Bauernräten, die an dem ganzen Elend schuld waren, sich die meisten durch heimliche Flucht der Verantwortung entzogen. Kostbare Zeit wurde auf diese Weise vergeudet, während der Truchseß von Waldburg und der Kurfürst von der Pfalz inzwischen ihre Streitkräfte vereint hatten und stärker denn je standen.

(Vortsetzung folgt.)

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Zum erstenmal: *Holofernes*

Oper in zwei Akten, frei nach Hebbel von E. M. v. Regnier

Hebbel sah in der Münchener Pinakothek das Jüdische Bildnis des Giulio Romano und ging hin und schrieb im Zeitraum von vierzehn Tagen sein Drama *Judith*. Nehmlich mag es von Regnier ergangen sein, als er in Berlin Begener den Holofernes in der *Judith* spielen sah. Der biblische Jüdischloß ist wohl wie kein zweites als Vorbild zu einem Drama geeignet. v. Regnier hat sich den Text frei nach Hebbel selbst gearbeitet, nur verfährt er den Titel und stellt das Spektrum seines farbenhaften, fein differenzierten Orchesters auf die Holofernesgestalt ein. Der Dichterkomponist hat mit dem Orchester und durch oratorienartige gefüllte Chöre die großen dramatischen Aufgaben meisterhaft unterzogen, er hat an hebräische Tempelgesänge anklingende Melodien dem Orchester eingeeben, dem Stimmführer hat er mit seinem erschütternden: „Steinige ihn“ ein markiges Relief verliehen und so gleich ein stimmvolles Präludium für den Auftritt der Heldin erreicht. Das Fesseln des Werkes liegt im zweiten Akt, der im Helle des Holofernes spielt. v. Regnier hat hier zwei überlebensgroße Personen einander gegenübergestellt, den Giganten Holofernes und Judith, die Tochter von Bethulien, die einer höheren Weisung folgt, indem sie ihr, dem Lobe geweihtes Volk zu retten versucht. Einer Jungfrau von Orleans gleich taucht sie jedoch in ihr Menschentum unter und läßt dadurch Schuld auf sich. Die *Judith* des Dichters weicht hierin erheblich von jener der apokryphischen Darstellung ab. Statt das berühmte Triumphlied der *Judith* aus dem 16. Kapitel als Finale zu benutzen: „Spielt den Herrn mit Pauken und Singet ihm mit Zimbeln, singet ihm ein neues Lied, seid frohlich und rufet seinen Namen an!“ ist v. Regnier nicht weniger weitgehend geworden, sich auch des stark theatralisch ausgedeuteten Hebbelschlusses zu bedienen.

Was an dem Regnier'schen Werke sympathisch berührt, sind die wohlgeklungenen Partien der Handlung tragenden Gesellen. Die melodische Reframation liegt so günstig, daß sie sich über dem Orchesterklang halten kann. Die Holofernesrolle hat fröhlich bestimmte Akzente, wie auch die *Judith*gestalt mit stark dramatischen leidenschaftlichen Ausdrücken bedacht ist. Der Dichterkomponist weiß von seiner früheren Tätigkeit her, was einer Singstimme zugemutet werden kann, auch ist er äußerst vertraut mit allen Klangeffekten fast eines jeden einzelnen Orchesterinstrumentes. Er nützte bei seinen jüngsten Werk die Erfahrungen, die sich ihm aus den unzähligen Experimenten unserer modernen Musiker „herauskristallisierten“, soweit diese seine Bodenständigkeit zuließ. v. Regnier hat Operninstinkt, er ist wahrlich in seinen Mitteln, er hält sich eben so fern von Exzessivitäten wie von unfruchtbarer Geblüel: er geht starken Effekten nicht aus dem Weg, weiß damit aber Flug zu wirtschaflichen. Seine Kunst zu illustrieren, zu unterzeichnen, ist nicht zu unterschätzen. Wo wirksam bekommt man anonale Mischungen zu hören, doch gibt sie v. Regnier in schwachen Dosen.

Die Aufführung verdient uneingeschränktes Lob. Vor allem fielen die sorgfältig ausgearbeiteten Chorleistungen tonlich und bildlich auf. Es stand diesmal nicht der Chor im Sinne der großen Oper, sondern man konnte sich an einem fein skizzierten Chorklang erfreuen. Für die

Massenzügen hat Herr Stang als Regisseur den richtigen Rhythmus gefunden. Frau Brägelmann hat mit reifer Kunst die *Judith* gestaltet. Sie war in darstellerischer Hinsicht die bereite Deuterin der Dichtung. Mit scharf gerissenen, wuchtigen Strichen und brutal-dämonischer Wut, die an Wegener erinnerte, verkörperte Herr Wartz den Holofernes. Der Oberprediger des Herrn Dr. Bucherpfennig hat mit pastoraler Stimme und Geste einen weitverbreiteten Aufblick gegeben. Die choreographischen Leistungen hätten an Plastik gewonnen, wenn der Raum, auf dem sie ausgeführt wurden, mehr Bewegungsmöglichkeiten zugelassen hätte. Bühnenbäder und Kostüme tragen zur eindrucksvollen Gesamtwirkung wesentlich bei, die Herr Doretzky am Fuße mit schillernder Vertiefung in das Werk, leistete. Der Dichterkomponist konnte mit den Hauptdarstellern persönlich für den freundlichen Beifall, den sein Werk fand, sich vor dem gut besuchten Hause bedanken. St.

Neueinführung: Die Nacht als Herrin — Susannens Geheimnis

Der unferne Spielplan mit Interesse verfolgt, wird mit Freude feststellen, daß er in den letzten Tagen ein belebteres Bild zeigt, zwei Neueinführungen und gleich darauf eine Erstaufführung. Das ist immerhin für den heiligen Opernbetrieb etwas Außergewöhnliches. Inten am Getiel steht dann noch die *Nacht*, in Vorbereitung: „Die heilige Johanna“ und der „Freibrief“. Die Theaterleitung legt sich, wie der Volksmund zu sagen pflegt, gegenwärtig ordentlich an den Laden. Kundige Theaterbesucher wissen zwar, daß diese Mühseligkeiten sich nicht mehr der Mühe lohnen.

Zwei für Musikkenner reizvolle Nippjaden hat man diesmal! In der *Bitrine* (s. S. 10) sind zwei neue Opern aufgeführt. Ein alter und ein neuer. Der Alte hatte Schale gemacht, dasehrt den Geschmack seiner Zeit, er wirkte bezaubernd auf Jean Jacques Rousseau, der für Paris seinen „Dorfwahrsager“ schrieb, Mozart war entzückt von dem „göttlichen“ Werken, und Goethe hat in Italien sich intensiv mit der Kunst des Epich, das oben auf der Bühne getrieben wird, zwischen einem Doktor und seiner Haushälterin, die den alten Kopf ins Garn zu locken weiß. Die *Nacht* hat unendlich viel Genialität, viele Feinheiten, über die Volkstheater in seiner geistvollen Art mit Rousseau diskutierten. Der Jung-Beethoven, der in Susannens Geheimnis hieß, ist eine Melodie, nur ist der Orchesterapparat zu hart eingeschaltet. Das Textbuch ist reizvoll, es hat Spannung mit seiner auf zwei Personen ausgedehnten Handlung. Das beifällige aufgenommene Orchester erinnert an Smetanens flüssige melodische Schreibeweise.

Wenn man nun schon einmal auf den guten Einfall gekommen ist, hier für einen Abend musikalische Einakter aneinander zu koppeln, so wäre neben *Holofernes*, *Moussou* gut gefanden und als abendfüllender Dritter im Bunde irgend einer der zahlreichen Deutschen jener Zeit, oder Leo Wechs „Vertice“. Um solche musikalische Antiquitäten wieder neu beleben zu können, bedarf es der nötigen Künstler, die sich in den Stil, mit dem diese Sächelchen aufgeführt werden müssen, hineinleben können. Herr Sander, auf dessen Weisheit man sich in den letzten Tagen an unserm Theater wieder besonnen hat, gab den musikalischen Antiquitäten einen frischen Aufbruch, indem er die musikalischen Antiquitäten in dem Empfinden des Publikum, von dem Wert des Werkes und nicht zuletzt von der Kunst des Darstellers ab. Herr Sander hat den Dialog glänzend beherbergt. Nun fragt man sich aber, wozu haben wir hier einen *Holofernes*, der die prächtige Rolle in dieser „Holofernes“ zu verkörpern hätte? Für die *Bitrine* ist Frau W. H. S. Ehlmann wohl als Darstellerin gewiß genug, aber für den Antiquitäten hat sie ebenjedenig Stimmgabe aufbringen können, wie für die Susanne in *Holofernes* Einakter, in dem Herr Sander als Graf stärkere Töne hätte anschlagen dürfen. Welchen Stellen war wohl zu beobachten, daß die Stange'sche Regie einen leichten Ton angeschlagen wissen wollte, der sich da und dort glücklich auswirkte. Kurze Rückblicke auf frühere Vorstellungen würden die Wahrung des Opernbesen von gestern und heute an unserm Theater beleuchten. Wir müssen uns aber mit der Gegenwart abfinden. Herr Lorenz „Sprang“ für Herrn W. H. S. Ehlmann ein, er war auch der *Holofernes* Parität ein neuer Schwalbe. Der moderne Einakter fand Beifall. Das Datum war schwach besetzt. St.

Rumm-Auffstellung bei Gerber und Schawinsky

Wenn man sich mit Rumm auseinandersetzen will, der gegenwärtig im Kunsthaus Gerber und Schawinsky ausgestellt hat, so muß man schon den Boeten im Rumm Rum von dem Realisten trennen. All die ernsthaften Arbeiten U. M. S. weisen darauf hin, daß der Schöpfer versuchte, in ihnen über die Wirklichkeit hinaus zu gelangen. Daß manches dabei poetisch ergründet wird, empfindet der Künstler wohl heute selbst, denn wenn nicht alle Feinden trügen, schlägt er andere Wege ein. Sein Schmeiwittchen ist eine in der Farbe vorzüglich gefasste Arbeit, die den Vorzug hat, dem Märchen, wenn auch in keinem Ausmaß, eine monumentale Note zu geben und es etwa nicht nur zu illustrieren. An Widnissen fehlt es in der Auffstellung nicht. Der Poet, der in Rumm steht, bringt das weite Meer, sein gen in Parallele mit der Dame. Die *Migist*, die Rumm manchen seiner Fremdenbildnisse in Form von Blumen in die Hände legt, lenkt etwas ab, denn sie kommen Strahlen aus einem romantischen Garten. Man kann sagen, Rumm hat für seine Widnissenauffstellung einen persönlichen Stil. Es ist bei einigen alles klar und fest in Form und Farbe. Von manchen Augen der Rummigen Widnisse geht ein donnender Blick aus, der auch den anspruchsvolleren Sinn eine seilung zu fesseln weiß. Es wird wohl mit der Zeit, wenn eine innere Faltung des Künstlers sich vollziehen hat, ihm sicher gelingen, jenen *Impressionismus* verleidenen zu können, der die Seele, den Geist durch den Körper sprechen läßt, anstatt wie das oft zu beobachten ist, das Milieu durch starke Betonung der Farben zur Charakterisierung nutzbar zu machen. Die Landschaft mit dem Baum hat warme Töne. Sie hat Effekt, trotz Verzicht auf wirkliche Beleuchtungseffekte.

Ein kleines Oval von S. Eichardt fällt durch seine feine Tönung, die zu dem leichten Vornurff vorzüglich paßt, besonders erfreulich ins Auge. Die *Lubert*-Majolika hat eine weiche Stille ausgeföhelt, die in fröhlichen Farben gehalten sind. Sie weisen lebendige Bewegungsstudien auf. Sie zeigen, daß auch diese Sparte unserer Kunst ein neues Formideal anstrebt, das sich endgültig von der „sünderfühen Rosmarinapflanz“ freimacht.

Kunsthandlung Rüdke

Du hat einige seiner letzten Arbeiten bei Rüdke untergebracht. Er hat sich in der heiligen Umgebung seine glücklichen Eindrücke eingetrieben. Was Du malt hat immer einen erfrischenden Charakter. Mit seinem fassen können meißt er auch schwierige Probleme. Das Stillleben ist meisterlich im reiflichen Wänden der Töne untereinander gelungen. D. S.

Ablehnung der Sprachklassen durch den Karlsruher Bürgerausschuß

Karlsruhe, 20. April.

„Das Jahr fängt gut an“ — so wird unsere hochberechtigte Stadtverwaltung am Schlusse der gestrigen Bürgerausschuss-Sitzung festgestellt haben. Zur Beratung stand nämlich die erste Vorlage des neuen Verwaltungsjahres, die Vorlage Nr. 1 „Die Errichtung von Sprachklassen an der Volksschule betr.“. Und diese Vorlage, die den einzigen Punkt der Tagesordnung bildet, wurde nach 3 1/2 stündiger Beratung glatt abgelehnt. Es handelt sich bekanntlich — um Angelegenheit wurde in der Presse ausgiebig erörtert — um die Einrichtung geschlossener, abgegrenzter Klassen mit fremdsprachlichem Unterricht an der Karlsruher Volksschule. Auf Initiative der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion wurden vor 2 Jahren sog. fremdsprachliche Sprachkurse eingerichtet, d. h. Schüler und Schülerinnen, die Lust und Liebe zur Erlernung des Französischen hatten, konnten diesen Unterricht in Kurien außerhalb des sonstigen Unterrichts erhalten. Den übrigen Unterricht genossen sie jedoch im Verbandsunterricht der bisherigen Klassen. Die Stadtschulbehörde handelte dieser Art Unterrichtsverteilung den Anfang an nicht freundlich gegenüber; sie glaubte nun feststellen zu können, die Kurse hätten sich nicht bewährt. Ob die von Anfang gezeigte Ablehnung gegen die Kurse etwas zu der „Nichtbewährung“ der Kurse beigetragen hat, sei dahingestellt. Das Stadtschulamt setzte sich nun für die Errichtung geschlossener Sprachklassen ein, d. h. die Schüler und Schülerinnen, die die französische Sprache erlernen wollen, sollen aus ihren Klassen herausgenommen und zu besonderen Sprachklassen zusammengefasst werden. Der Stadtschulrat kämpfte mit einem Eifer und einer Jähigkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wären, für seinen Plan, die Schulkommission und der Stadtrat nahmen ihn schließlich an, und so kam er gestern vor den Bürgerausschuß.

Schärfste Gegnerin der stadtschulrätlichen Absichten war von Anfang an die sozialdemokratische Fraktion, und mit ihr auch die sozialdemokratischen Lehrer. Wir sind überzeugt, daß mit der Schaffung dieser geschlossenen Sprachklassen auf Umwegen und durch Hintertüren die frühere Volksschule wieder eingeführt werden sollte. Im weiteren bedeutete der stadtschulrätliche Plan eine Zerrückung und Zerschlagung der Volksschule. Bekanntlich löst sich im 4. Schuljahr ein großer Teil der Schüler ab, um in die Mittelschulen überzutreten; durch die Errichtung geschlossener Sprachklassen wäre ein weiterer Teil der Schüler aus und abgegrenzt worden, es wäre schließlich als Rest der Volksschule ein ausgebleibtes, abgerundetes Schulmaterial übriggeblieben, mit dem nichts mehr anfangen gegeben wäre, denn mit Mühe und Not der Lehrstoff hätte beigebracht werden müssen. Die Volksschule wäre zerstückelt worden. Dem konnte die Sozialdemokratie nie und nimmer zustimmen. Sie betrachtet die Auffassung, daß wenn einmal die Kurse sich angegliedert werden sollen, es die Karlsruher Sozialdemokratie im Gegenfalle zu den Pfingstener Genossen als notwendig erachtet, dann diese Fremdsprache oder nicht wähllos einen Teil der Schüler — 40 Proz. hatten sich bereits gemeldet — gegeben werden soll, sondern sämtliche Schülern. Und deshalb stellte sie den Antrag, der fremdsprachliche Unterricht solle sämtlichen Schülern der Karlsruher Volksschule erteilt werden. Zur Abstimmung kam der Antrag nicht, unser Herr „Ober“ ist ein so vorzüglicher Jurist, daß er es immer versteht, für die Ablehnung oder Nichtbehandlung einer Sache, die ihm unangenehm ist, die diesbezüglichen Gesetzesparagrafen zu finden.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat in einer vorzüglichen Rede unser Genosse Stadt. Professor Wilhelm. Er geriefte bis ins Kleinste die stadtschulrätliche Vorlage, dede mit erschütternder Offenheit die wirklichen Absichten auf, die hinter dem stadtschulrätlichen Plan stecken. In treffender Weise schilberte er den Top des heutigen Spiekers; daß das Bild echt war, beweisen die Urteile und die Zwischenrufe, die aus den Reihen der Redner, um den Herrn Reichthaupt und Hofmeister Lang herum laut wurden. Warum auch nicht der Karlsruher Vorsitzende der demokratischen Partei, Herr Prof. Kehler, aufsteht, ist uns unerschütterlich. Die Art und Weise, wie Herr Kehler nachher unseren Sprecher anempfehlte, muß jedenfalls auch an dieser Stelle als schärfste Zurückweisung werden. Das Benehmen war ungebührlich. Gen. Wilhelm konnte sich bei seiner Kritik auch auf gute Gewährsmänner stützen, nämlich auf den Großteil der Karlsruher Lehrerschaft und auch auf zahlreiche Schulkollegen außerhalb Karlsruhes. — Auch im bürgerlichen Lager fand die Vorlage wenige Anhänger, obgleich die Gegnerzahl von dieser Seite auf anderen Gründen beruhte. Die Vorlage wurde schließlich mit 39 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokratie, die Kommunisten, die Deutsche Volkspartei und die wirtschaftliche Vereinigung, dafür waren die anderen Parteien, leider auch das Zentrum.

Eine Nachwirkung wird der ablehnende Beschluß des Bürgerausschusses nun aber in der Volksschule haben. Der Herr Stadtschulrat hat in der sicheren Erwartung, daß sein Plan Zustimmung findet, er ist ja auch Widerspruch nicht gewohnt, nämlich, ohne den Beschluß des Bürgerausschusses abzuwarten, bereits die Sprachklassen eingerichtet, die ganze Umorganisation ist in den Schulen bereits vorgenommen. Die Sprachklassen sind im Betrieb. Es muß nun alles zurückgenommen werden, der Betrieb der Schule erfährt also eine empfindliche Störung. Die Verantwortung hierfür trägt der Stadtschulrat und die Stadtverwaltung; es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Vorlagen von dem Bürgerausschuß kamen, bei denen dieser nur noch Ja und Amen zu sagen hatte. Nach der Richtung möge die gestrige Entscheidung auch für die Stadtverwaltung eine Lehre sein. Der Bürgerausschuß kann auch Nein sagen.

Um 4 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Fintzer die Sitzung. Anwesend sind 86 Mitglieder. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Errichtung von Sprachklassen an der Volksschule. Die Vorlage begründet der Delegierte für das städtische Schulwesen, Bürgermeister Dr. Kleinschmidt. Er hebt die wichtigsten Punkte hervor, die die Einführung der Sprachklassen nach seiner Ansicht bedingt haben. Die Vorlage lautet darauf hinaus, daß die Volksschule das gute Schülernmaterial erhalten solle. Der sozialdemokr. Antrag geht darauf hinaus, in Kurien den fremdsprachlichen Unterricht zu erteilen, während der Antrag des Stadtschulamts den fremdsprachlichen Unterricht

in besonderen Klassen geben soll. Der Stadtrat und die Schulkommission schließt sich der Auffassung des Stadtschulamts an. Das Bedürfnis für die Errichtung ist vorhanden.

Im Auftrage des Stadtvorstandes und zugleich der Zentrumsfraktion sprach Stadt. Strobel (Ztr.). Die Meinung im Stadtvorstandesvorstand ist eine geteilte, die Ansichten der Gegner der Vorlage sind aber beachtenswert. Gegen die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts hat sich keine Stimme erhoben, nur über die Form waren sich die Mitglieder nicht einig. Nicht alle Kinder haben die Kraft, einen fremdsprachlichen Unterricht zu erlernen. Auch in die Schule käme eine Unruhe zum Schaden der Schule. Die Fremdsprache bringt auch eine bessere Veranlagung für die Muttersprache mit. Die Einführung der Fremdsprache ist als Anfang zu betrachten, ca. 40 Prozent der Schüler haben sich dazu angemeldet. Es drehe sich darum, wer den Unterricht erteilen soll. Der Plan, daß die Handelsschule ihn erteilen soll, ist nicht zu unterstützen, sondern die Volksschule ist der richtige Ort. In Mannheim ist die Sache schon eingeführt und die Befürwortungen, die von anderer Seite angeführt werden, sind nicht eingetroffen. Die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts in der Volksschule bedeutet keinen Eingriff in die Mittelschule. Die Annahme der Vorlage könne er nur empfehlen sowohl von seinem Standpunkt aus wie auch von demjenigen der Zentrumspartei. Ein Teil der Mitglieder des Stadtvorstandesvorstandes ist für die vorliegende Vorlage, ein anderer Teil dagegen.

Stadt. Kramer (D. Vp.): Mit der Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts und einer 9. Klasse an der Volksschule sind wir nicht einverstanden. Die Schüler, die in höheren Schulen nicht mitkommen, vertragen gewöhnlich an den Fremdsprachen. Die 8-jährige Schulzeit, die die Schüler an der höheren Schule mitmachen, ist nicht unnützlich. Die Handelsschule muß sich mehr nach den Schülern richten. Die Unentgeltlichkeit des fremdsprachlichen Unterrichts an der Volksschule kann nicht beibehalten für seine Einführung sein, denn auch an höheren Schulen kann der Besuch mit sehr wenigen Mitteln erfolgen. Die Ausbildung der Volksschullehrer an Seminarien fällt sie noch nicht für sich, einen fremdsprachlichen Unterricht zu erteilen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei lehnt die Vorlage ab. Wir machen den Vorschlag, angesichts der großen schulpflichtigen Lehrerschaft den Unterricht an der Volksschule, besonders des deutschen Unterrichts, Literatur, Kunstbetätigung usw. besser auszubauen, namentlich im Sinne der Anregung der sozialdemokr. Fraktion. Auch der Handfertigkeitsunterricht könnte besser ausgebaut werden. Viele Lehrer an höheren Lehranstalten sind Gegner der Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts an der Volksschule.

Stadt. Dr. Fretz (Dem.): Jüngere Volksschule muß so gut als möglich ausgestattet werden. Aber über das wie sind unsere Ansichten geteilt. Nicht mehr früher sehen wir als notwendig an. Auch dem Gott „Fremdsprache“ wird viel zu viel Bedeutung beigelegt. Kleinere Klassen müssen erteilt werden, damit ein gründlicher Unterricht erteilt werden kann. Mit der Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts an der Volksschule bin ich nicht einverstanden. Aber auch dadurch, daß die intelligenten Kräfte in die Sprachklassen einziehen, werden die Volksschulklassen blutleer. Über die Vorlage sollte man nicht abstimmen, sondern das Ergebnis abwarten. Ein Antrag der demokratischen Fraktion verlangt, daß man es mit fremdsprachlichen und fremdsprachlichen probieren sollte und das Ergebnis von beiden dann prüfen.

Stadt. Westenfelder (Kom.) verlangt ebenfalls Ausbau der Volksschule. Die Schulen in der Schweiz sind besser als diejenigen in Deutschland. Nicht Abbruchung der Klassen darf stattfinden, sondern in der Richtung des sozialdemokr. Antrages ist zu verfahren. Keine Drei- oder Zweiteilung ist zu befehligen, sondern ein einheitlicher Lehrplan.

Den Standpunkt der sozialdemokr. Fraktion vertrat Genosse Stadt. Wilhelm

Wir brauchen für unseren Staat selbsttätige, freie Bürger, keine Untertanen. Die Volksschulen, die wir hatten, waren Klassen- und Geldbesitzschulen. Wir haben sowieso kein einheitliches Schulwesen. Die Volksschule umfaßt 3 Prozent und wird jetzt meistens von denen erteilt, die ihre Kinder vom Bleib scheiden wollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß recht viele Kinder in die jetzige Volksschule gehen, damit die Kinder der Spieker auch neben Arbeiterkindern leben müssen. Das Bedürfnis ist ein gekünfteltes, von Spiekerbürgern wurde die Errichtung der Volksschule angekrebt, sie bedeutet nichts weiter als eine Flucht aus der Volksschule.

Auch die soziale Schule, als die sie hingestellt wird, wird sie nicht sein. Ca. 10 Prozent der Eltern der Volksschulkinder wollen aus schädlichen Gründen die Errichtung der Volksschule. Auch Söllwiler, der hervorragende Pädagoge lehnte in einer Schrift eine derartige Schule ab. Wir wollen, damit die Schüler fremdsprachlichen Unterricht erlernen können, die Fremdsprachenkurse, in die alle, ob reich oder arm, hineingehen können. Man spricht nur von den Nachteilen der Kurse, aber nicht von den Vorteilen. Man soll wegen dem fremdsprachlichen Unterricht die Volksschule in ihrer Einheit zerlegen werden. Wir müssen annehmen, daß die neue Volksschule nur eine verkappte Standesschule ist. Auch die Behauptung, daß die Wirtschaft diese Schule wünsche, trifft nicht zu, denn die Wirtschaft will im allgemeinen nur billige Arbeitskräfte. So hat z. B. die „Bergwerksztg.“ gefordert, daß die Klassen der Volksschulen größer und 30 Prozent der Lehrer abgebaut werden sollen. Auch der Lehrerverein hat sich gegen die Einführung der Sprachklassen ausgesprochen. Genosse hat sich ein sehr namhafter Zentrumsvorstandesmitglied auf denselben Standpunkt gestellt wie der „Volkstfreund“. Wir haben die Auffassung, daß man die Kinder der Reichen von der Volksschule wegnehmen will. Die Sprachklassen wird diejenigen Schüler angiehen, die in der Volksschule schon gute Leistungen vollbracht haben, während ein anderer Teil der Schüler aus den oben angeführten Gründen die Sprachklassen besuchen muß.

Warum schiebt man denn den Sprachunterricht nicht allgemein in der Volksschule ein, von 40 auf 100 Prozent? Das wäre eine Lösung des Gesamtproblems der Volksschule. In Wien hat man damit gute Erfolge erzielt. Gegen die Abschaffung der Volksschule, die man mit der Volksschule machen will, spricht sich auch ein Artikel des „Badischen Beobachters“ aus. Und dieser Schulmann ist unser heutiger Stadtschulrat Dr. Feidinger. Wir können keine Verschönerung für 60 Proz. der Schüler ausstellen lassen, damit die anderen 40 Proz. profitieren. Allerdings hat Herr Bürgermeister Dr. Kleinschmidt erklärt, daß 40 Proz. zu viel seien und deshalb eine Abschiebung stattfinden müsse. Aber nach welcher Richtung dies geschehen soll, wird nicht gesagt. Gegen eine Abschiebung

der Begabung hat sich auch das Zentrum gewendet. Man hat auch die Einführung der Sprachklassen verknüpft mit dem Problem der mittleren Reife. Gegen diese Auffassung werden sich die Weimarer wenden. Wir hätten zwei mittlere Reife, eine der Mittel- und eine der Volksschulen. Bei der letzteren finden die Schüler allerdings keinen Anschluß an die höheren Schulen, was sehr zu bedauern ist. Namhafte Pädagogen warnen uns, den Weg der mittleren Reife in Karlsruhe so zu machen, denn dies ist Landesache. Man darf deshalb den Eltern und Schülern nicht etwas versprechen, was nachher nicht gehalten werden kann. Mit der mittleren Reife der Volksschule ist anderwärts nichts anzufangen.

Wir können der Vorlage nicht zustimmen, aber wir haben einen Änderungsantrag gestellt, wonach jeder Schüler einen Lehrstoff bekommt, der ihm kommt, ohne von der Klasse abzuweichen zu müssen. Dieser unser Plan wurde von Fachleuten gemacht, die schon lange Jahre in der Schulpraxis stehen. Der Plan ist getragen von der Zustimmung des über-großen Teiles der Lehrerschaft und ist technisch durchführbar. Aber da er nicht angenommen wird, haben wir einen weiteren Antrag gestellt, wonach der Sprachunterricht sich auf alle 100 Proz. der Volksschüler erstrecken soll.

Redner wendet sich gegen die individualistische Auffassung und preist den Gemeinheitsgedanken. Die Reichen sollen nicht nur von ihrem materiellen Reichtum an die Armen geben, sondern wir müssen auch vom geistigen Reichtum an die Wissensdürftigen geben. Die Vorlage lehnen wir ab, sind aber für den Antrag auf Einführung des Sprachunterrichts für die ganze Schule, um der Gesamtheit zu nützen. (Leb. Beifall.)

Stadt. Schwarz (B. Vp.) erhebt in der Einführung des Sprachunterrichts, wie er in der Vorlage vorgesehen ist, seinen geeigneten Weg, etwas Positives zu erreichen. Die Frage ist überhaupt noch nicht gelöst. Die Fraktion lehnt die Vorlage ab.

Stadt. Lang (D. Vp.): Unsere Fraktion stimmt der Vorlage zu. In der früheren Volksschule waren nicht die Kinder der Spieker. Wir treten dafür ein, weil das Handwerk tüchtige Kräfte braucht. Nicht französisch, sondern englisch soll als Hauptfach gelernt werden.

Stadt. Kehler (Dem.) wendet sich gegen die Verneiner der Vorlage. Der Wille des Elternhauses ist mehr zu berücksichtigen. Der Redner polemisiert sodann in wenig sachlicher, aber dafür persönlicher Weise gegen den Gen. Wilhelm.

Stadt. Vajda (Dem.) hält den Weg, wie er in der Vorlage gezeichnet, für den richtigen. Wenn sich 100 Proz. gemeldet hätten, so lämen eben 100 Proz. in diesen fremdsprachlichen Unterricht. Dem Bedürfnis muß Rechnung getragen werden. Wer das Wort nicht erreichen will, soll aus der Mittelschule herausbleiben, ein solcher Schüler gehört in die Volksschule.

Stadt. Meißner (Ztr.) betont, daß die Frage wenig gelöst ist. Die Vorlage solle zurückgezogen werden.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt befragt den schon erwähnten Antrag der Demokraten für 100% Sprachkurse und Sprachklassen einzuführen, und die Ergebnisse dann prüfen, zur Vereinfachung, ebenso den sozialdemokratischen Antrag auf allgemeine Einführung des Sprachunterrichts an der Volksschule. Am übrigen wendet sich Redner gegen die Auffassung der verschiedenen Gegner der Vorlage und erachtet um Annahme derselben.

Stadt. Gen. Wilhelm wendet sich gegen die unmaßlichen Ausführungen, die Stadt. Kehler gegen seine Person unternommen hat.

Oberbürgermeister Dr. Fintzer spricht ebenfalls noch zur Vorlage. Er führt dabei u. a. aus, daß man unserer Jugend die beste Bildung geben soll, um den Konkurrenzkampf bestehen zu können. Die Sprachkurse haben in der Praxis nicht das gebracht, was erhofft wurde. Der Vorwurf, daß man die Kurse so angefaßt habe, um einen Erfolg von vornherein auszuschließen, muß zurückgewiesen werden. Durch die Sprachklassen ist eine Förderung des deutschen Sprachunterrichts zu erzielen. Er muß aber organisch in den Unterrichtsplan eingeführt werden. Wenn aus gesellschaftlichen Gründen die Eltern die Kinder in die Sprachklassen schicken, so ist dies nicht gut zu heißen. Der Wille der Eltern muß auch beachtet werden.

Stadt. Kehler (Dem.) sucht seine Ausführungen gegen den Gen. Wilhelm als nicht so schlimm gemeint abzumildern, worauf der Zwischenruf fiel: „Haule Audre!“

Vor der Abstimmung verlangt die sozialdemokr. Fraktion eine namentliche, moraux dann in namentlicher Abstimmung die Vorlage nach einer ca. 3 1/2 stündigen Beratung mit 39 gegen 35 Stimmen abgelehnt wurde. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, während Zentrum, Demokraten und Deutschnationalen dafür stimmten.

Kleine badische Chronik

Schwetzingen. Im Gemeindevand wurde am Sonntag früh der 77 Jahre alte Wagenwärter a. D. Joseph Müller erkängt aufgefunden. Der Verweggrund ist unbekannt.

Deibelsberg. Aus dem Pfaffengrund wird gemeldet, daß dort eine Frau an den Folgen einer Abtreibung gestorben sei. Bei der vorgenommenen Untersuchung der Leiche ergab sich aber auch, daß die Frau die Merkmale außergewöhnlich schwerer förtlicher Mißhandlungen durch ihren Ehemann aufwies. Es erfolgte im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit bereits einige Verhaftungen, doch nimmt man an, daß diese Abtreibungssache noch weitere Kreise ziehen wird.

Mannheim. Am Samstag abend stieß eine 37 Jahre alte Frau mit ihrem Fahrrad gegen einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen, kam zu Fall und erlitt einen Wirbelsäulenbruch. — Nachmittags fuhr ein 13 Jahre alter Oberrealschüler mit einem Reckmotorrad ebenfalls gegen einen Straßenbahnwagen. Er wurde zu Boden geschleudert und trug einen Unterarmbruch davon. — Am Tage zuvor wollte ein 10 Jahre alter Volksschüler mit seinem Fahrrad an einem belebten Fuhrwerk vorbeifahren. Der Junge verlor dabei die Herrschaft über sein Rad, kam zu Fall und brachte den linken Fuß unter das Hinterrad. Die Verletzung stellte sich als eine starke Verquetschung des Fußes heraus. — Einen Selbstmordversuch unternahm ebenfalls am Freitag nachmittag eine 34 Jahre alte Ehefrau durch Einatmen von Leuchtgas. Sie konnte jedoch an der Tat rechtzeitig verhindert werden. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Mannheim. Am Samstag wurde auf dem Lindenhof der neun Jahre alte Schüler Wilhelm Jung beim Fußballspielen von einem Auto überfahren. Das Auto verlor den Jungen so schwer, daß der Tod eintrat. Zu dem Unfall wird noch gemeldet, daß mehrere Schulbuben auf der Wellenstrasse sich mit Ballspielen vergnügten. In dem Augenblick, als drei der Spieler dem Ball über die Straßen nachspringen wollten, kam das Auto eines hier wohnhaften Autos angefahren. Trotzdem das Auto nicht besonders schnell gefahren ist, konnte der Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Der Wagen ging dem Knaben über die Brust, was den sofortigen Tod herbeiführte.

Briefkasten der Redaktion

N. N. 100. Die Miete ist eine Bringschuld, sie muß also dem Hausbesitzer überbracht oder mit der Post zugelandet werden.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Donnerstag, den 30. April: Geringe Bewölkung, aber immer noch unbedeutend und zeitweise Regen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Landes-Theater: „Die Magd als Herrin“, „Sufannens Geheimnis“. 7 1/2-9 1/2 Uhr.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 18, gest. 10; Rühl 202, gest. 10; Rogau 440, gest. 1; Mannheim 360, gest. 1 Zentimeter.

Bereinsanzeiger

Metallarbeiter-Jugend. Mittwoch, 29. April, abends 8 Uhr, im Jugendheim Versammlung aller Jugend-Metallarbeiter.

Wochenspiegel über 60 Jahre in einer köstlichen... Kleckse... Schokolade...

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 29. April 1925, 8 22, 10-Gen. 301-500.

Die Magd als Herrin

(La serva padrona) Intermezzo in einem Akt von Pergolesi. Musikalische Leitung: Alfred Lorenz.

Sufannens Geheimnis

(Il Segreto di Susanna) Intermezzo in einem Akt von Hoffmann.

Zwangsvorversteigerung

Donnerstag, den 30. April 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal Steinstr. 23 hier...

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen...

Durlacher Anzeigen

Straßen- und Fahrpolizeiordnung der Stadt Durlach.

Die Straßen- u. Fahrpolizeiordnung der Stadt Durlach

vom 15. Juli 1902 wird wie folgt geändert:

§ 2 erhält folgenden Abf. 4: Bei lebhaftem Verkehr haben sich Fußgänger rasch auszuweichen.

§ 4 erhält folgende weitere Abf. 1: Beim Auf- und Abfahren, sowie bei der Beförderung von Staub gebenden Materialien ist so zu verfahren, daß jede Verstaubung der Umgebung durch Staub vermieden wird.

§ 4 erhält folgende weitere Abf. 2: Die Beförderung von Dünger u. anderen Abfallstoffen, Kohlen, Äsche, Sand, Kalk, Baustoffe und dergl. sind nur in geeigneten Kastenwagen zu betreiben.

Wozu die viele Arbeit beim Suppenkochen? Nehmen Sie eine Knorr-Suppenwurst, die nur mit Wasser aufgekocht eine Suppe für wenig Geld aber von vorzüglichem Geschmack ergibt.

Erpreßgutverkehr. Am 1. Mai wird am Stephansplatz, Douglasstr. Nr. 32, eine Erpreßgutannahmestelle eröffnet.

Klischee's. Klebe- und Aufkleber. Klischee-Druck. Klischee-Verlag. Karlsruhe, Werdthausstr. 47.

2340 rufen Sie an, wenn Sie Ihre Wanzen MOTTEN etc. durch das altbew. Spezialhaus D. V. G. U. Anton Springer...

Eszet Schokolade Kakao

Pfannkuch. Eingetroffen: 1 weiterer Waggon Ägypter Zwiebeln 18 Pf. 5 Pfund 85 Pf. Pfannkuch Bauplatz 680 qm an der Belchenstraße zu verkaufen.

Sozialdemokratische Partei Durlach. Freitag, den 1. Mai, abends 8 Uhr in der Festhalle Mai-Feier 1925

Lichtige Gipsen finden sofort hier dauernde Arbeit. 2780 Herr. Almenbinger Gips- und Stuckaturgeschäft Karlsruhe Melanchthonstraße 2.

Ettlinger Anzeigen. Die Häuserwelt unter dem Hünerbestand des Friedrich Widel hier, ist erloschen und werden die angebotenen Eigentümern aufgegeben.

Baden-Baden. Allgemein-Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Baden-Baden. Maifeier 1925.

Rastatter Anzeigen. Kleingartenabgabe am Donnerstag, den 30. April, nachmittags 2 Uhr, hinter der Friedhofstraße bei der Fabrik Proffger nur an die früheren Pächter.

Maifeier 1925. Am Vormittag des 1. Mai, um 10 Uhr, im „Hotel Badreit“ Versammlung aller Feiern. - Abends 8 Uhr in der „Saube“ Döschfeuerer Abend-Unterhaltung mit anschließendem Tanz.

Herrenrad ausnahmsweise billig zu verkaufen. 2780 Waldstr. 8, Burtorf. Pfannkuch Garantiert reiner 2000 Bienen-Honig 1 Pfund-Glas Nr. 1-20 einchl. Glas Pfannkuch

Ich trete eine Reise um die Welt an. am auch die braunen, gelben und schwarzen Erdbewohner von der Nützlichkeit der Lederpflege mit Pilo zu überzeugen. In Deutschland weiß jedermann, daß es nichts Besseres zur Erhaltung der teuren Ledersachen gibt als Pilo in der schwarzen Dose.

Der Oberbürgermeister.

Distelfentfernung. Die Grundbesitzer und Pächter hierher Warnung werden aufgefordert, die auf ihren Grundstücken befindlichen Disteln vor deren Blüten zu entfernen, widrigenfalls Bestrafung nach § 35 Abs. 4 der Feldpolizeiordnung erfolgen dürfte.

Der Oberbürgermeister.

RESI Waldstrasse

Täglich:

Der Mann mit den 2 Müttern

5 Akte nach der gleichnamigen
Novelle von Alice Duer-Miller.

'Sechs bange Tage'

Ein Roman aus der Nachkriegszeit in 6 Akten mit
CORINE GRIFFITH.

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch
Grossers Reduktionspillen be-
seitigt. Preisgekrönt mit goldenen
Medaillen und Ehrendiplom. **Kein
starker Leib, keine starken Hüf-
ten, sondern jugendl. schlanke,
elegante Figur. Kein Heilmittel,
kein Geheimmittel. Garantiert
unschädlich. Aerztlich emp-
fohlen. Keine Diät. Viele Dank-
schreiben. Preis 4 Mark.**

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Herren- und Damenräder

gute Marke, mit 1 Jahr Garantie,
bei nur 15-20 Mk. Anzahlung
jetzt prompt lieferbar

Vertreter: 2781
M. Burker, Waldstr. 8

Schulranzen Schulmappen

gute Qualitäten, billige
Preise

Kofferhaus
51 Dämm! 51
Kronenstr. 51

Maurer

finden sofort Beschäftigung
bei
Wilhelm Krieger
Dauergeschäft
Durlach, Waldstr. 39.

Damenjahrrad
neu, billig zu best. 2779
Durlachstr. 39 a.

Drucksachen

aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei „Volksfreund“

Ab heute führe ich als
Telefon-Rufnummer

6465 (früher 3100)

Dr. med. K. Hauß
Karlsruhe, Rüppurrerstr. 62

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr

Abschieds- Vorstellung

der 2651
Zauberschau KASSNER

Morgen Donnerstag, den 30. April
das außergewöhnliche

Revue - Programm

sowie ab Freitag, den 1. Mai, täglich
abends 8 Uhr

Große Internationale Ringer- Konkurrenz

mit Varieté-Einlagen.

Die vollständige Kleidung der Dame

bestehend aus:

**einem Damenhemd
einem Damenbeinkleid
einem Prinzeßrock**

Schöne kräftige Qualität mit Hohlbaumgarnierung od. Stickerel
einem Paar Damenstrümpfe
Prima Macoo in hellen Farben oder schwarz

einem Musselkleid
genau wie nebensteh. Abbildung, tadelloser Qualität, waschecht,
in vielen Farben und allen Größen, vorrätig.

Die komplette Serie

einschl. 1/2 Dtzd. Damentaschentücher, Batist m. farb. Bändchen,
zusammen nur 15.- Mk.

Nach auswärts erfolgt der Versand gegen Voreinzahlung auf
Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 873 ausgleich 0.70 Mk. für Porto
und Verpackung, oder gegen Nachnahme mit 1.20 Mk. mehr.

Bei Nichterhalten wird jede Sendung bereitwilligst
umgetauscht oder der Betrag zurückbezahlt.

Es kommt garantiert nur fehlerfreie, reguläre
Ware - keine Ranschware - zum Verkauf, nur
solange der Vorrat reicht.

Textilversand Fr. Engelmeier

Rüppurrerstraße 12 Karlsruhe Postscheckk. Karlsruhe 873

Zwangsversteigerung

Freitag, den 1. Mai
1925, nachmittags 2 Uhr,
werde ich in Karlsruhe,
Steinstraße 23, gegen bare
Zahlung im Vollstreckungs-
wege öffentl. versteigern:
1 Schreibtisch mit Auf-
satz und Stuhl, 1 Zeichen-
tisch mit 2 Stühlen, 4 neue
Stühle und 1 Tisch.
Karlsruhe, 28. April 1925
Kuber, Gerichtsvollzieher.

Chaiselongues

neu, autogarb. v. 35.4 an
Abtler, Schützenstr. 25

KAFFEE BAUER

Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends

Großes Sonderkonzert

der verstärkten Kapelle.

Aus dem Programm:

Ouverture zur Oper Le roi
d'Ys Lalo
Siegfried-Idyll Wagner
Violinkonzert d-moll Wieniawski
Solist: Kapellmeister DOLEZEL

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Schwarzwälder Gewerbe-Ausstellung Gengenbach vom 15. August bis Ende September 1925

Zur Feier des 1200jährigen Bestehens der ehemaligen freien Reichsstadt Gengenbach
Anmeldungen durch Gewerbe und Industrie bis 1. Mai 1925 an die Ausstellungsgesellschaft.

Das Materialamt der
Reichsbahn - Direktion
Karlsruhe versteigert
Montag, 4. Mai 1925, vor-
mittags 8 Uhr beginnend,
im Geräte - Hauptlager
Karlsruhe, alter Personen-
bahnhof (Eingang Röh-
rburgstraße) alte, für
Eisenbahnbedürfnisse nicht
mehr geeignete Geräte,
darunter Abfallholz, höl-
zerne und eiserne
Schränke, Tische, Werk-
bänke, Schraubstöcke, Säge,
Selen, Binden, Hebezeuge,
entölte Füllstoffe u. Kup-
fächer, Hochhaar, Wis-
metalle, Ölpumpe, Bohr-
maschine, 1 Partie elek-
trische und Gasbeden-
dungsmaterialien. 296

Wo? Schreib- u. Näh-
maschinen-Repa-
raturen? 2901
Werberplatz 40.

Pfannkuch

Preis-
Abschlag:

**Edamer-
Käse**

30% Fettgehalt

1/2 Pfd. 30 Pfg.

1 Pfd. 1 10 Pfg.

bei ganzer Kugel

1 Pfd. 1.- Mk. 2780

Großabnehmer
Sonderpreise.

Verband nach aus-
wärts gegen
Nachnahme oder
Vorauszahlung
des Betrages.

Pfannkuch

Kriegstr. 200

Gute
Möbel

Betten, Polsterwaren
zu bekannt billigen Preisen

E. KARRER & SOHN

Laden: Ecke Kaiser- u. Dou-
glasstraße, Hauptpost

Hauptgeschäft:
Kriegstr. 200
(gl. Ecke Westendstr.)

Zahlungs erleichterung

200 Kriegstr.

DIE MAI-
FESTSCHRIFT

mit hervorragend guten Illustrationen
von Hans Baluschek, Alois Kowol, Karl
Holtz und anderen steht in diesem Jahre
unter dem Motto:

**DAS HOHE LIED
DER ARBEIT**

Preis 20 Pfennige

Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung
Adlerstraße 43 Telefon 3701

Vom 29. April bis 4. Mai
großer
Sonder - Verkauf
wegen Umbau.

Preise auf sämtliche Artikel
bedeutend herabgesetzt. Außerst
günstige Einkaufsgelegenheit.

Filiale
N. Hebeisen
Klauprechtstr. 2, Ecke
Spezialmagazin 2794
für Haus- und Küchengeräte.

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus

Erstaufführung

Zum Gipfel der Welt

Die neue Mount Everest-Expedition 1924

Samstag, 2. Mai, nachm. 4 Uhr und abends
8 Uhr. Sonntag, 3. Mai, nur 1/2 4 Uhr nachm.

Ab Montag, 4. Mai, bis Mittwoch, 6. Mai täglich
abends 8 Uhr. Mittwoch auch 4 Uhr nachm.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.-, 0.60. 2789

Samstag ermäßigt: Preise: Mk. 1.50, 1.20, 0.80, 0.50.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502

Nur 3 Tage! Mittwoch, Donnerstag
und Freitag.

Nr. 1
Dämon der Landstraße
Drama der Fox-Film Corporation

In der Hauptrolle: **Tom Mix**
einer der beliebtesten Darsteller aller Völker.

Nr. 2
Löwen im D-Zug
Lustspiel in 2 Akten. 2780

Nr. 3
Fix und Fax im Kittchen
Grottesko in 2 Akten.

Jugendliche haben in der Nachmittags-Vor-
stellung Zutritt.

Pfannkuch

Eingetroffen
ein weiterer
Waggon

**Limburger
Stangenkäse**

1/2 Pfd. 19 Pfg.
im ganzen 2 Pf.

72 Pfg.

Großabnehmer
Sonderpreise.

2797

Verband nach aus-
wärts gegen
Nachnahme oder
Vorauszahlung
des Betrages.

Pfannkuch

Plakate aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerei Geck & Cie.
KARLSRUHE, Luisenstraße 24.